

Arbeiter-Zeitung

**Jede Arbeiterstimme
am 6. November
für Liste 3**

Er scheint tagl.
Wochentl. 42 Pf.
Botenlohn = 2 Pf.
monatlich 2,15
gebührenlos
Sammlungsstellen
in jeder Stadt
in der
Hauptredaktion in
Breslau, in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)**

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fern-
sprecher 439 02. Postfachnummer: Breslau
Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Borbau-
haus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — **Geschäftsstand:** Breslau. — **Ver-
lag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 439 02.

Ihre Angst vor dem Kommunismus!

Kapitalisten und Faschisten haben nur einen Feind: Die Kommunisten! — Alle Werttätigen scharren sich deshalb um die KPD. und wählen am 6. November die Liste 3

Duendweise verbieten sie unsere Versammlungen oder lösen sie auf, sobald nur die überwachenden Polizeibehörden die geringste Gelegenheit finden, „Anstoß zu nehmen“. Versammlungen mit dem Thema des Kampfes gegen die drohende Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges werden uns bereits im „Freistaat“ Preußen generell verboten. Neuerdings verfallen auch alle Versammlungen zum 15. Jahrestag der siegreichen russischen Oktoberrevolution dem Verbot. Demonstrationen, Kundgebungen unter freiem Himmel, Propagandamärsche auf das Land werden uns schon lange nicht mehr gestattet. Das ist die „Versammlungsfreiheit“, die uns die Reichsverfassung von Weimar „garantiert“ hat!

Die Verbote unserer Zeitungen reifen nicht ab; die Verbotsbegründungen sind derartig durchsichtig, daß ein Zweifel über ihren Zweck nicht möglich ist. Die neueste Methode der Unterdrückung der revolutionären Presse, die sich jetzt mehr und mehr einzubürgern scheint, besteht darin, daß man nicht nur den verantwortlichen Redakteur für das Verbot macht, was in der Zeitung steht, sondern auch die Rotationsmaschine, auf der der betreffende Artikel gedruckt wurde. In Magdeburg ging das an: dort wurde die Rotationsmaschine versiegelt und stillgelegt. In Bremen ging man weiter: man versiegelte nicht nur die Rotationsmaschine, sondern beschlagnahmte die gesamte Maschinerie der kommunistischen Drucker, weil mit ihrer Hilfe „hochverräterische Artikel“ gedruckt worden seien. Jetzt hat die Berliner Polizei auf dieselbe Weise die Druckerei der „Roten Fahne“ stillgelegt.

„Freiheit der Presse“ ... die stillgelegte Rotationsmaschine ist das Symbol dieser durch die Reichsverfassung garantierten Pressefreiheit!

Die Begründung, mit der die Polizei die Druckerei der „Roten Fahne“ stillgelegt hat, ist ein klassisches Dokument: auf der Rotationsmaschine sei im Oktober 1931 eine „hochverräterische“ Reichstagsrede gedruckt worden, und diese selbe verbrecherische Maschine gab sich sogar dazu her, gleichfalls im Jahre 1931 einen staatsgefährlichen Artikel der „Internationale“ und des „Propagandist“ zu drucken. Die Polizei hat mit dem Zentimetermaß nachgemessen, daß diese Maschine und keine andere schuldig sei; darum wurde ihr das Handwerk gelegt.

Unsere Versammlungsredner befinden sich bei jedem Wort in Gefahr, daß sie verhaftet werden, weil niemand wissen kann, an welcher Stelle der Rede die überwachenden Polizeibehörden genügt sind „Anstoß zu nehmen“; wurde doch in Berlin sogar ein Karicaturzeichner verhaftet, weil er den berühmten Zirkel gezeichnet hatte, mit dem sich das Regime Papens in der ganzen Welt einen Namen gemacht hat. Verhaftet wegen „Hochverrats“ wurde der Genosse Artur Vogt, Mitglied des Reichstags, von der Straße weg. Verurteilt zu 1½ Jahren Festung wurde der Reichstagsabgeordnete Fabasch wegen „Hochverrats“; zu derselben Strafe der frühere Landtagsabgeordnete Heik; verurteilt zu 3 Jahren Zuchthaus wurde der kommunistische Reichstagsabgeordnete Paulin. So geht das täglich weiter.

Wie lange — so fragen wir nicht etwa die herrschende Klasse, sondern das arbeitende Volk Deutschlands — soll das noch so weitergehen?

Jetzt meldet der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, daß zwischen den Herren Hitler, Hugenberg und Papen ein Einverständnis erzielt worden sei, die Millionen kommunistischer Stimmen einfach für ungültig zu erklären und die kommunistischen Mandate zu kassieren, damit sich Nationalsozialisten und Deutschnationale auf diese Weise eine Mehrheit in kommenden Reichstagswahlen sichern könnten, welche sie dann dem Kabinett Papen-Schleicher zur Verfügung stellen würden. Natürlich wäre das nur durch einen Bruch der Reichsverfassung möglich, aber ...

Der Feldzug der Verfolgung und Unterdrückung der kommunistischen Partei richtet sich gegen das gesamte arbeitende Volk Deutschlands, dessen Lebensinteressen durch die Kommunisten und nur unter Führung der Kommunisten verteidigt werden. Die Motive dieser Verfolgung sind klar:

Kapitalisten und Faschisten fürchten die kommunistische Partei und betrachten das Wachsen ihres Einflusses mit steigender Angst. Die KPD. hat durch die antifaschistische Aktion den Nationalsozialismus zurückgeschlagen. Unter der Führung der KPD. hat die deutsche Arbeiterklasse in einer gewaltigen Streikwelle von mehr als 500 einzelnen Streiks den Unternehmerangriff auf den Lohn zum Scheitern gebracht. Unter Führung der Kommunisten sammelt sich jetzt das arbeitende Volk Deutschlands zur Gegenoffensive gegen die Klassendiktatur des Finanzkapitals. Denn die Massen des werktätigen Volkes erkennen immer klarer:

**Die KPD. ist die einzige antikapitalistische Partei!
Die KPD. ist die einzige antifaschistische Partei!
Die KPD. ist die einzige Partei, welche die arbeitenden Massen aus dem Elend des Kapitalismus und der Sklaverei des Faschismus herausführen kann zu Freiheit, Brot und Sozialismus!**

Darum sind sich alle Kapitalisten und Kapitalistenknechte einig im glühenden Haß gegen die kommunistische Partei. Die KPD. wett-

eifert mit den nationalsozialistischen Kapitalisten im schmutzigen Kampfe gegen den Kommunismus. Sozialdemokratische Minister in Hessen und Baden, sozialdemokratische Senatoren in Hamburg und Bremen weiteifern mit den nationalsozialistischen Ministern in Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Mecklenburg und mit den Zentrumsleuten, Deutschnationalen, Papen-Leuten, wer von ihnen am besten die kommunistische Bewegung bekämpfen kann. Sie haben alle nur einen Feind: die Kommunisten!

Dieser Feldzug zur Unterdrückung der kommunistischen Bewegung wird sich in den kommenden Wochen weiter verschärfen. Aber gleichzeitig regt sich auch in den arbeitenden Massen immer stärker das Bewußtsein:

Es gilt, im Interesse der gesamten Arbeiterklasse die kommunistische Partei und ihre Presse gegen Kapitalismus und Faschismus zu verteidigen!

Wir dürfen den Gegner nicht unterschätzen! Wir dürfen uns auch nicht darauf verlassen, daß die Lage des hungernden Volkes die Massen von selbst zur roten Front treibt. Wo solche Stimmungen auftreten, müssen wir ihnen aufs entschiedenste entgegentreten. Gewiß ist die heutige Lage ungeheuer günstig für die Sammlung der breitesten Massen des werktätigen Volkes zum Kampfe gegen Papen und die faschistische Politik der deutschen Kapitalistenklasse, aber die Lage ist nur günstig, soweit wir die höchste Kraft daran setzen, sie wirklich auszunutzen.

Darum richten wir an alle Klassenbewußten Arbeiter den ersten Appell:

Setzt alle die Kraft daran, die Massen in der roten antifaschistischen Einheitsfront zu sammeln, macht alle Betriebe und Stempelstellen mobil, sucht alle Werttätigen in ihren Wohnungen auf, helft ins-

besondere die sozialdemokratischen Arbeiter, die christlichen und die nationalsozialistischen Werttätigen aufzuklären und zu dem großen Heer zu führen, das unserer roten Fahne marschiert!

Die Bourgeoisie verjucht systematisch, Wahlmüdigkeit zu erzeugen. Seid euch bewußt, welche Gefahr darin liegt! Macht allen Werttätigen klar, daß es sich bei dieser Wahl um hundertmal mehr handelt, als um die Stimmen und Mandate für ein Parlament, daß es sich vielmehr

darum handelt, die breiten Massen des arbeitenden Volkes in der antifaschistischen Einheitsfrontaktion zu formieren für die großen Kämpfe, die jetzt vor der deutschen Arbeiterklasse stehen.

Deshalb darf es keine Wahlmüdigkeit geben, und wo sie entstanden ist, muß sie ausgerottet werden! Deshalb muß jeder Kommunist und überhaupt jeder Klassenbewußte Arbeiter seine ganze Kraft einsetzen für die Stärkung unserer Arbeit, in dem Bewußtsein, daß wir in dieser großen Kampagne um die Reichstagswahl Voraussetzungen zu schaffen haben, welche für die bevorstehenden Kämpfe von allergrößter Wichtigkeit sind.

Deshalb alle Kräfte eingesetzt, Genossen und Genossinnen! Jung und alt, jeder kann helfen, jeder muß helfen! Unermüßlich arbeiten, agitieren, werben, sammeln und vor allem organisieren für die große Kampffront des arbeitenden Volkes!

So heißt die Parole, unter der sich die werktätigen Massen sammeln zum Kampfe gegen die Papen-Schleicher-Hugenberg-Hitler-Weiß, zum Kampfe gegen den konkrakten Kapitalismus und seine faschistischen und sozialdemokratischen Stützen:

Liste 3, Kommunisten!

Wieder neue Streikflüge

Einen neuen Streikflieger errangen in Chemnitz die Formerinnen der Firma Delsner & Vosler. Als der Unternehmer in der Abteilung Formerei einen Lohnabbau durchführen wollte, nahmen die Arbeiterinnen unter Führung des kommunistischen Jugendverbandes sofort den Abwehrkampf auf. Die Formerinnen drehten die Heizung ab, ließen die Formen kalt werden und traten in passiver Resistenz. Bereits nach einigen Stunden wich der Unternehmer vor dem Kampfwillen der Arbeiterinnen zurück. Die Formerinnen erhalten die alten Löhne weitergezahlt.

Im Textilbetrieb Schaarshmidt in Limbach versuchte der Unternehmer, einen Lohnabbau von 30 Prozent durchzuführen. Unter Führung der roten Betriebsräte lehnte die Belegschaft diesen Lohnabbau einmütig ab und beschloß, nötigenfalls dagegen in den Streik zu treten. Unter dem Druck dieser Kampfbereitschaft der Belegschaft zog der Unternehmer seinen Lohnabbauplan zurück.

Nach dreiwöchigem Streik haben die Schaber des großen Metallbetriebes Fröh Werner AG. in Berlin-Mariensfelde unter Führung des roten Einheitsverbandes einen vollen Erfolg errungen. Der D.M.V. hatte die Sanktion des Streiks zuerst verweigert, trotzdem die Mehrheit der Schaber aus D.M.V.-Kollegen bestand.

In Mainz traten am 17. Oktober die graphischen Arbeiter der Hausdruckerei der Erbsal-Werke gegen einen angefüglichen Lohnabbau in den Streik. Schon nach kurzer Zeit nahm der Unternehmer angelegentlich der geschlossenen Kampffront den geplanten Lohnabbau zurück.

Bei der Firma Kuhn & Co. Söhne, Korb- und Rinderwagenfabrik in Weisingen, wurde der Belegschaft durch Anschlag ein zehnprozentiger Lohnabbau angekündigt. Gegen diese Maßnahme trat die Belegschaft sofort in passiver Resistenz und erreichte durch ihre Kampfbereitschaft die Zurücknahme des Lohnabbaues.

20 Jahre Zuchthaus für zwei Antifaschisten

Stimmabgabe für die Liste 3 heißt Kampfgelöbnis für die Freilassung der 9000 proletarischen politischen Gefangenen

Düsseldorf, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Das Duisburger Sondergericht verurteilte gestern zwei antifaschistische Arbeiter wegen eines Zusammenstoßes mit Nazis am 15. September zu je zehn Jahren Zuchthaus. Drei mitangeklagte Nazis wurden freigesprochen.

Achtung! Sozialdemokratischer Arbeiter Achtung!

Wir werden morgen neue Beweise dafür veröffentlichen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer das Hungerprogramm der Kapitalistenklasse nicht nur billigen, sondern für die Durchführung desselben eintreten.

Wir fordern euch auf, uns anschließend eure Meinung mitzuteilen. Wir wollen auch auf diesem Wege durch eine kameradschaftliche Diskussion erreichen, daß ihr euch davon überzeugt, daß eure Führer die Interessen der Kapitalistenklasse wahrnehmen. Wir wollen euch nur für die kämpfende Einheitsfront gegen das Hungerprogramm, für Arbeit, Brot und Freiheit gewinnen.

Dieses neue Terrorurteil gegen Antifaschisten auf der einen Seite und der Freispruch von drei mitangeklagten Nazis auf der anderen Seite muß die Betriebe und Stempelstellen auch in Schlesien und Oberschlesien zu einem Proteststurm herausfordern. Keine Versammlung, wo nicht gegen dieses Terrorurteil protestiert und das Gelöbnis abgegeben wird, mit der roten Hilfe den Kampf gegen die Sondergerichtsjustiz zu steigern. Der Ruf: „Heraus mit den 9000 proletarisch-politischen Gefangenen!“ muß millionenfach erschallen. Durch die Stimmabgabe für die Liste 3 muß das Kampfgelöbnis für die Freilassung der proletarisch-politischen Gefangenen zum Ausdruck kommen.

Felsened-Angestellte im Hungerstreik

Berlin, 21. Oktober. (Eig. Drahtber.) Vor einigen Tagen hat der Prozeß gegen die Felsened-Kolonisten wieder begonnen. Den proletarischen Angeklagten wurde durch Gerichtsbeschluß ihr Verteidiger Ritten genommen und ihnen wurde ein Offizialverteidiger gestellt, der faschistisch gesinnt ist. Dagegen und gegen weitere Schikanen des Vorsitzenden sind gestern die proletarischen Angeklagten im Hungerstreik getreten.

Wir, die Sieger von morgen!

rufen allen Werttätigen in Stadt und Land zu:
Auf zur gewaltigen Kundgebung im Messehof 3
Freitag, 28. Oktober, 20 Uhr. Es spricht der Mitbegründer der IAH, Mitgl. des ZK. der KPD., Berlin, Gen. **Willi Münzenberg**
Erscheint in Massen!
Alles für den Sieg der Liste

Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiter gegen die SPD!

Die Papen-Regierung führt eine sozialreaktionäre Maßnahme nach der anderen durch, verbietet proletarische Märsche, löst Versammlungen und Arbeiterorganisationen auf. Nur die SPD kämpft ernsthaft und entschlossen dagegen und macht die Arbeiter in Clubfront mobil.

Die SPD, die Sozialdemokratische Presse versuchen angesichts dessen ihrer bekannten demagogischen Manöver.

„Wem — fragt die „Volksmacht“ — hat die Arbeiterklasse die Errungenschaften zu verdanken?“ und antwortet: „Der Sozialdemokratie.“

Das ist eine dreiste Lüge! Es war 1918/19, als die Arbeitermassen sich aufrichteten, das kapitalistische System zu befechtigen. Der Spartakusbund, die kommunistische Partei, riefen die Massen dazu auf. Die Kapitalisten zitterten vor der Revolution. Da kam die SPD, den Kapitalisten zu Hilfe. Um das kapitalistische System zu erhalten, um die proletarische Revolution zu vermeiden, wurden den Arbeitern Brocken hingeworfen: Achtstundentag, bürgerliche „Pressfreiheit“ und „Koalitionsfreiheit“, „Versammlungsfreiheit“ usw. Diese geringen Errungenschaften waren Nebenprodukte des proletarischen Klassenkampfes, den nur die SPD betrieb und den die SPD erlittenen Niederlagen, den nur die Bourgeoisie die proletarische Revolution fürchtete, machte sie einige kleine Zugeständnisse. Es war 1918/19 ein Betrug und Verrat der SPD, daß sie die Arbeiterklasse, die mehr als diese Zugeständnisse, die alles, die ganze Macht und die ganze Wirtschaft in ihre Hände hätte nehmen können, mit kleinen Zugeständnissen abspeiste. Wenn 1918 die Arbeiter die Macht ergriffen hätten, so gäbe es heute keinen Faschismus, keine Ausbeutung, keine Notverordnung, keinen Hitler und keinen Papen; sondern ein mächtig aufblühendes, freies sozialistisches Deutschland.

Wäre es nach der SPD gegangen, so hätte die Arbeiterklasse nicht einmal die kleinen Errungenschaften erzielt. (Die SPD wollte beinahe erst sogar die monarchistische Staatsform beibehalten.) Nur weil die Kommunisten die Arbeiter zur Revolution mobilisierten, fielen als Nebenprodukte des von der SPD organisierten Klassenkampfes der Arbeiter einige Errungenschaften zu. Dem Klassenkampf und der SPD hat auch sie die Arbeiterklasse zu verdanken.

Und seit 1918/19? Seit damals bis heute hat die Sozialdemokratie eine der Errungenschaften nach der anderen preisgegeben. Die SPD und der ADGB haben die praktische Befreiung des Achtstundentages durch die Unternehmer ermöglicht. Die SPD und ihre Minister und Polizeipräsidenten haben proletarische revolutionäre

Zeitungszugänge verboten, (1919 und 1921) die SPD verboten, den KZV aufgelöst und die Brüning-Notverordnungen toleriert. Jetzt unterstützt der ADGB die Offensive Papens gegen das Streikrecht durch die Vertreibung der Arbeiter auf die bürgerlichen Arbeitsgerichte. Jetzt eben hat die SPD in Baden das Kontordat mit der Kirche abgeschlossen, das ihr große Rechte einräumt. Der SPD-Polizeipräsident Schönsfelder hat im Hamburger Verkehrsstreik Technische Notdienste eingesetzt.

Nur die SPD verteidigt die kleinen, die letzten, allerletzten Rechte der Arbeiterklasse im schärfsten Kampf gegen die faschistische Papen-Regierung — aber nicht um etwa wieder die „Ebert-„Demokratie“ oder das Müller-Brüning-Regime herbeizuführen, sondern um die proletarische, die wirkliche Demokratie, um die Arbeiter- und Bauernrepublik und damit die völlige Befreiung der Arbeiter herbeizuführen.

Für die Kommunisten und alle Arbeiter gilt, was der Führer der SPD, Ernst Thälmann, (in der „Internationale“, Juni 1932) darlegte:

„Wir schlagen den Faschismus, weil er den schärfsten Angriff auf die Arbeiterklasse darstellt. Wir kämpfen mit aller Kraft gegen die Papen, Schleicher und Hitler, weil sie den bisherigen unerträglichen Zustand noch unerträglicher machen wollen. Wir werden jeden einzelnen Bruchteil aller Rechte der Arbeiterklasse, jede noch so kleine Konzession, die die Bourgeoisie früher der Arbeiterklasse einräumte, gegen die Papen, Schleicher und Hitler mit Anspannung aller Kräfte verteidigen.“

Aber wir geben auch nicht eine Minute lang unsere Kraft, die Kraft der proletarischen Massen dazu her, einer Brüning-Groener-Gerrschschaft die Mühseligkeit zu ermöglichen.

So klar und scharf wie die Frontstellung der Zusammenreiher aller proletarischen Klassenkräfte gegen die Hitler, Papen und Schleicher herausarbeiten, so klar und scharf beziehen wir unsere Front gegen die Brüning, Braun und Severing als die Wegbereiter des Hitlerfaschismus und der offenen faschistischen Diktatur.“

„Dadurch können wir die deutsche Arbeiterklasse sowohl vor gefährlichen Illusionen bewahren, als auch auf den Weg des Kampfes führen, der zum wirklichen Sieg führt und der die Arbeiterklasse in den Stand setzt, sich die Früchte des Sieges zu sichern.“

Bürgerlichen haben zum Teil eine „Wirtschaftskontrollkommission“ darin, während der andere bestimmtlich die Sache betrachtete.

Arbeiter, Kleingewerbetreibende, Schlag mit diesem System, es kommt keine Rettung von diesem Staat und durch das Parlament! Kämpft mit uns für einen Arbeiter- und Bauernstaat, für den Sozialismus!

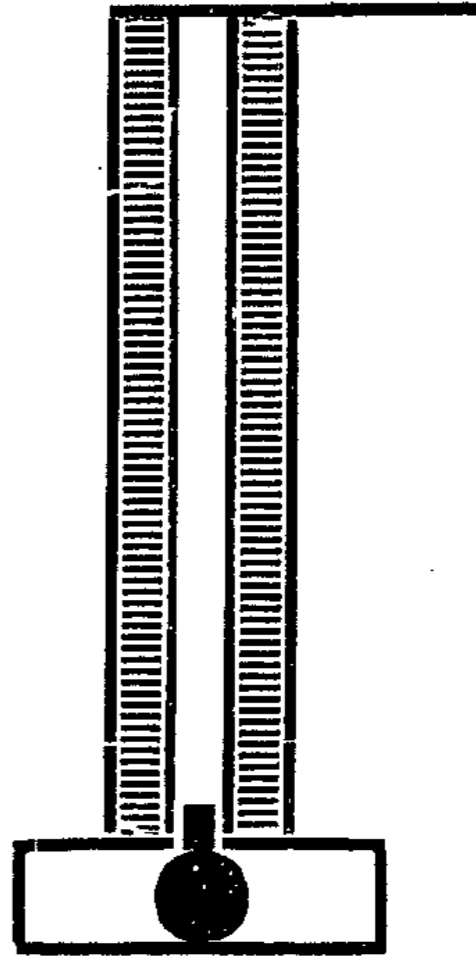
Nationalsozialistische Bahndiebstahle als Eisenbahn-Attentäter

Berlin, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die nationalsozialistischen Bahnschubbeamten Nord und West, die im Reichsbahnbezirk Magdeburg etwa 60 Eisenbahnattentäter organisiert haben, um ihre Unentschuldlichkeit zu beweisen und um Material zur Kommunistenhege zu schaffen, haben jetzt eingestanden, daß sie auch 10 000 Mark Lohngelder unterschlagen haben. Die Attentate dieser Verbrecher werden von der Reaktion dazu ausgenutzt, um immer schärfere politische Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse zu ergreifen.

Wo bleibt die Munition vom Großsammeltag?

Sammel-Barometer

Sammel-Soll 15000 Mk.



Bis jetzt haben abgerechnet:

Stadtteil Nord, Zelle 2	6,30	Mk.
" " Zelle 3	2,20	"
" " Zelle 4	3,95	"
" " Zelle 6	3,70	"
" " Zelle 7	7,15	"
" " Zelle 8	4,87	"
Roter Massenselbstschutz	15,12	"
Ortsgruppe Deutsch-Lissa	10,33	"
Ortsgruppe Pilsniz	10,00	"
Stadtteil Zentrum	1,90	"
Stadtteil Nordost	5,13	"

zusammen 70,65 Mk.

Genossen, so werden die Beischlüsse der Partei durchgeführt! Von einzelnen Ortsgruppen liegen wohl Berichte über Sammelergebnisse vor, doch ist bis heute noch kein Betrag eingegangen. Wir erlauben euch nochmals, sofort die Gelder vom Großsammeltage auf unser Postcheckkonto einzusenden. Ein gutes Beispiel über die Sammlung lieferte die neugegründete Ortsgruppe Pilsniz. Die Genossen sammelten am Großsammeltage 10 Mark und rechneten am Montagfrüh ab. Ein parteiloser Arbeiter der Ortsgruppe Deutsch-Lissa sammelte am Sonntagvormittag 7,35 Mark.

Genossen, die Sammlung ist bis jetzt sehr mangelhaft. Trotz aller Hinweise in der Presse und verschiedener Rundschreiben haben die Leitungen die politische Notwendigkeit der Sammlung noch nicht begriffen. Die Leitungen müssen sofort eine Kontrolle durchführen, damit die gesammelten Gelder reiflos in den nächsten Tagen bei der PD. eingehen. Diese Feststellung zeigt, daß sich die Partei in Schlesien noch nicht im Wahlkampf befindet. Wir hoffen, daß in den nächsten Tagen alles nachgeholt wird und im nächsten Barometer das Verjagen von dieser Woche aufgeholt ist.

Streikkonferenz der Weserschiffer beschließt die Fortsetzung des Kampfes

Minden, 21. Oktober. (Eig. Drahtber.) Gestern abend tagte hier eine Streikbelegiertenkonferenz der Weserschiffer, die von 36 Delegierten der neun wichtigsten Stationen besucht war. Außerdem waren über 100 streikende Schiffer als Gäste anwesend. Begeistert nahm die Konferenz die Nachricht entgegen, daß die Unternehmer schon nach fünfzigem Streik die beiden ersten Forderungen bewilligt haben; der Lohnraub wurde zurückgenommen, ebenso die beabsichtigte Verschlechterung des Mangeltarifs. Trotz der Aufforderung der Gewerkschaftsbürokraten, die Arbeit am Mittwoch wieder aufzunehmen und trotz schärfsten Terrors der Unternehmer, die immer wieder mit Entlassungen drohen, und trotz Einsatz von Polizeikräften, Landjägern und bewaffneten Wasserfahrern, die alle Schleusen und größeren Brücken besetzt haben, stehen die Weserschiffer auf der 365 Kilometer

langen Straße von Hannoverisch-Minden bis Bremen fest im Streik. Hafen und Schleusen wurden mit Drahtverbauen umzogen. In Minden wurden gestern elf streikende Kollegen verhaftet. Die gestrige Konferenz, auf der Kapitäne, Schiffsführer, Maschinisten und Heizer, Matrosen und Schiffsjungen vertreten waren, beschloß einstimmig, den Streik für die übrigen Forderungen unter Führung der roten Kampfleitung fortzusetzen. Unter anderem die Forderung auf Anerkennung des Einheitsverbandes als Tarifkontrahent, ferner für freie Tage, für Urlaub und für die Vergütung der Tariffahrten nur an die Tarifmatrosen. Begeistert wurde die Weiterführung des Kampfes für diese Forderungen beschlossen. Sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Schiffer stehen wie bisher vereint im Kampfe, bis der volle Sieg errungen ist.

Arbeiterdemonstration für die Verteidigung der „Roten Fahne“

Berlin, 21. Oktober. (Eig. Drahtber.) Am Draniensburger Platz kam es gestern abend gegen 8 Uhr zu einer Demonstration, an der sich etwa 600 Personen beteiligten. In dem Zuge wurden rote Fahnen mit Hammer und Sichel getragen. Rufe wie „Antifaschisten, wä hlt L i s t e 3!“ erklangen. Auf dem Weintischplatz hielt ein Arbeiter eine Ansprache. Im Anschluß daran nahmen die Arbeiterdemonstranten eine Resolution an, die schärfsten Protest gegen die polizeilichen Maßnahmen in der Drucker der „Roten Fahne“ einlegt.

beißt Winterhilfe, des Genossen Bratke, versuchte er den Genossen Bratke von seinem ablehnenden Standpunkt zur Bürgersteuer abzubringen. Interessant war, wie sich die Bürgerlichen entwarnten. Ein Teil stimmte dafür, der andere Teil einschließend der Nazis, stimmten dagegen. Genosse Bratke entlarvte das demagogische Spiel der Nazi. Vor der Öffentlichkeit mimten sie Opposition, als Nazi-Minister (Braunschweig, Thüringen, Mecklenburg) führen sie wie eben getreue Lakaien, selbige durch. Von dem Antrag des Genossen Bratke blieb nicht viel übrig, von 500 Mark blieben noch 150 Mark. Kartonsollten bei den Heilanstalten geschnitten werden.

Erwerbslosenversammlungen in Breslau protestieren gegen Beschlagnahme der Rotationsmaschine

Breslau, 21. Oktober. In den gestern stattgefundenen zwei Erwerbslosenversammlungen wurde die nachstehende Protestentscheidung gegen die Beschlagnahme der Rotationsmaschine der Druckerei der „Roten Fahne“, Berlin, angenommen:

„Die heute in zwei öffentlichen Versammlungen zusammengekommenen Breslauer Erwerbslosen protestieren gegen die Beschlagnahme der Rotationsmaschine in der Druckerei der „Roten Fahne“, Berlin.“

Auch dieses willkürliche Vorgehen soll dazu dienen, das Sprachrohr der Bertätigten und auch der Erwerbslosen, „Die Rote Fahne“, am Ergehen zu verhindern.

Die versammelten Breslauer Erwerbslosen fordern sofortige Freigabe der Rotationsmaschine. Dieser neue Anschlag auf die revolutionäre Arbeiterpresse zeigt auch den Erwerbslosen klar und deutlich, daß nur die SPD, die Führerin des Proletariats ist. Trotz alledem werden wir Erwerbslosen erst recht den Kampf gegen das bankrotte kapitalistische System führen.

Ebenso verlangen wir die Aufhebung des Verbots unseres jährlichen Bruderorgans „Der Arbeitslose“.

Gibt die Maschine der „Roten Fahne“ frei!

Fort mit allen Verböten der Erwerbslosen- und der kommunistischen Presse!

Die erste Ausgabe wird am 6. November in der Ausgabe der Stimme für die Liste 3 erteilt!

Wirkliche Winterhilfe kann nur im außerparlamentarischen Kampfe erzwungen werden.

Die Androhung des Vorsehers, daß es diesmal keine Weihnachtsbeihilfe geben wird, entscheidet nicht er, sondern die werttätige Klasse, die sich im Kampf alles erobert. Dann stand noch zur Tagesordnung die Einführung der Arbeitsdienstplicht, welche von unserem Genossen B. genügend beleuchtet und zur Ablehnung empfohlen wurde. Die

Stoßbrigade Nordost-Berlin an das Reich

Genossen! Um unsere Sammlung für den Kampffonds der Einheitsfrontaktion in Schwung zu bringen, haben wir — in der Mehrzahl parteilose Arbeiter — eine Stoßbrigade gebildet.

Unser Gesamtergebnis ist bis jetzt 433,99 Mark.

Unsere Sammlungen haben wir so durchgeführt, daß wir überall dort waren, wo Bertätigte zu finden sind: Auf den Straßen, auf den Plätzen, in Versammlungen. Und überall das gleiche Bild: Wenn wir da sind, zeigen die Bertätigten, daß sie eiferbereit für den roten Freiheitskampf sind. Wir waren auch insbesondere an solchen Punkten der Stadt, wo die Nazis in Massen vertreten sind. Dabei haben wir zu verzeichnen gehabt, daß das Ergebnis dort am besten war. So haben z. B. zwei von unserer Stoßbrigade — die, wie fast alle Mitglieder unserer Stoßbrigade nicht Mitglieder der Partei sind — an der Jannowitzbrücke in Berlin 42 Mark an einem Nachmittag gesammelt.

Was uns Parteilosen in Berlin möglich ist, für unsere Partei zu leisten, das erwarten wir von allen revolutionären Arbeitern im Reich!

Genossen, ran! Sammelt für den Kampffonds der Einheitsfrontaktion! Seid unermüdblich bereit, für die Stärkung der Kampftruppen unserer Partei!

Stoßbrigade Nordost-Berlin. 20 revolutionäre Arbeiter.

Ein gutes Beispiel!

Die Betriebszelle „Breslauer Consum-Verein“ rechnete als erste Rate 13,10 Mark für den Kampffonds ab. Wo bleiben die anderen Betriebszellen?

350 Prozent Bürgersteuer in Görbersdorf

Görbersdorf. Die Bürgersteuer wurde mit allen Methoden durchgedrückt. Die Bürgerlichen wollen Opposition machen und einstimmig wurde die 300 Prozent Bürgersteuer abgelehnt. Die Opposition währte aber nicht lange, sie entschloß sich dann mit Mehrheit für 350 Prozent. Unter Hinweis des Vorsehers, auf den Antrag

Heute Groß-Sammeltag für alle Betriebszellen

Berichtet sofort über die Ergebnisse. — Das Geld sofort einsenden auf Postscheckkonto Willy Schubert 367 60, Breslau

Schlesische Textilproleten vor die Front!

Die reformistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie als Streikverräter — Die NSBO. der Nazi in den Diensten der Firma Ostdeutsche Textilwerke — Meyer-Kauffmann-Arbeiterin berichtet — Massenentlassungen in Sagan — Nur Einheitsaktion unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition führt zum Sieg

20% Lohnraub bei Ostdeutsche Textilwerke

(Textilarbeiterkorrespondenz)
Landeshut. Vor drei Wochen versuchten die „Ostdeutschen Textilwerke“ einen zwanzigprozentigen Lohnraub durchzuführen. Diesen Anschlag wehrte die Belegschaft durch gemeinsamen siegreichen Streik ab. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und kommunistische Partei waren es, die mit Hilfe der Erwerbslosen durch intensive Ausföhrung und Vorbereitungen innerhalb der Belegschaft die Voraussetzung zum gemeinsamen Abwehrkampf geschaffen hatten.

Die Vertreter der freien und christlichen Gewerkschaften waren diejenigen, die immer wieder erklärten, daß man den Kampf nicht führen könne. Der Vertreter der NSBO, Sabbe, stützte sich immer wieder auf die Notverordnung Papens

Die NSBO. im Dienst der Ostdeutschen Textilwerke

Am zweiten Tag des Streiks hatten die Nazis eine Streikversammlung einberufen, in der das wahre Gesicht dieser Sorte „Arbeitervertreter“ zum Ausdruck kam. Sabbe gab am Anfang bekannt, der Streik sei zu Ende, Maßregelungen werden nicht vorgenommen. Danach berichtete er über die Verhandlung. Der Bürgermeister ist mit Nazi-Sabbe ohne den Kampfausschuß der Belegschaft zur Verhandlung zur Betriebsdirektion gegangen. Die Betriebsleitung hatte vorübergehend den Lohnraub zurückgenommen.

In der Diskussion rechnete ein Vertreter der NSBO. mit den NSBO-Leuten gründlich ab. Der erste Schritt zum Verrat wurde von den Nazis dadurch an der Betriebsleitung begangen, daß sie mit der Betriebsleitung ohne die Vertreter der Belegschaft verhandelten und letztere aufforderten, die Arbeit „mit größter Vorsicht“ wieder aufzunehmen. Der Zusammenhang der Verhandlung des Bürgermeisters und Nazi-Sabbe mit der Direktion der Ostdeutschen Textilwerke liegt etwas tiefer. Die Textilwerke schulden der Stadt 65 000 Mark. Des weiteren bestehen verschiedene Abmachungen zwischen der Stadt und den Textilwerken.

In der letzten geheimen Stadtverordnetenversammlung kamen, wie verlautet, die Ostdeutschen Textilwerke erneut mit Anträgen an die Stadt. Die Nazis waren es, die für die Anträge der Ostdeutschen Textilwerke eingetreten sind und dafür stimmten. Das ist die Gegenleistung dafür, daß die Direktion damals dem NSBO-Sabbe die Zurücknahme des Lohnraubs zusicherte, um im gegebenen Moment den Lohnraub erneut durchzuführen.

Am schwarzen Brett: Erneut 20% Lohnraub

Am Freitag, dem 14. Oktober wurde nun am schwarzen Brett zum zweiten Mal ein 20prozentiger Lohnraub bekanntgegeben. Trotzdem der Betriebsrat und die Gewerkschaftsbürokratie schon am Donnerstag, dem 13. Oktober davon wußten, haben diese nichts unternommen. Die Textilarbeiter können daraus entnehmen, daß die auf einer Konferenz der Bürokratie des Textilarbeiterverbandes im September in Breslau angenommene Resolution nichts anderes war, als ein neuer Wahlschritt. In dieser Resolution hieß es nämlich:

„Den Textilarbeitern kann nicht zugemutet werden, irgendwelche Abstriche an ihrem Lohn vornehmen zu lassen. Die Gewerkschaften werden mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln gegen den Lohnabbau kämpfen.“

Nun Herr Opitz von den „Freien“ Gewerkschaften, wie steht es mit dem Kampf? Herr Opitz antwortet: „Wir können und dürfen keinen Streik führen, den die Notverordnung in Bezug und wir müßten den Schaden bezahlen, den die Direktion hätte.“

Ja, und wer bezahlt den Schaden, den die Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter durch den Lohnabbau haben?

Am Montag früh vor den Fabrikatoren

Am Montag, dem 17. Oktober, in aller Frühe, bildeten sich vor dem Betrieb Gruppen diskutierender Arbeiter und Arbeiterinnen. Es wurde über den Lohnraub und die am Sonntag festgestellte Belegschaftsversammlung gesprochen. Die Genossen von der NSBO., KPD. und vom Roten Massenstreik waren zahlreich erschienen. Im Betrieb forderten die Arbeiter eine Belegschaftsversammlung. Zwölf Arbeiter waren bei dem Betriebsrat und forderten die Versammlung.

In der Nähe warteten schon über 100 Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Durchführung der Versammlung, um die Maßnahmen gegen den Lohnabbau zu beschließen.

Trotz dieser Tatsache, lehnte der Betriebsrat Wittich die Durchführung der Belegschaftsversammlung ab. Erst um 14 12 Uhr, wollte derselbe die Versammlung durchführen, obwohl er weiß, daß mittags die Frauen nach Hause gehen, um zu kochen. Die Versammlung fand dann um 14 15 Uhr statt. Bereits um 14 12 Uhr wurde der Vertreter der NSBO. mit Polizeigewalt aus dem Fabrikgrundstück entfernt.

Trotzdem war um 14 15 Uhr, wiederum ein Vertreter der NSBO. in der Küche. Die Belegschaft verlangte stürmisch, daß der NSBO.-Vertreter brechen sollte. Dieser wurde aber erneut mit Polizeigewalt entfernt.

Gewerkschaftsführer Opitz spricht:

„Wir dürfen keinen Streik unterstützen!“

Der Gewerkschaftsführer Opitz versuchte mit hoher Politik, deren Sinn kein Arbeiter verstehen konnte, die Belegschaft für die Interessen des Unternehmers gefügig zu machen. Offen erklärte Opitz: „Wir als Gewerkschaften dürfen keinen Streik unterstützen. Notverordnung ist Gesetz. Wir müssen den Schaden bezahlen, aber wir haben ja Volkseigentum beantragt und denn...?“

Der Betriebsrat schlug eine geheime Abstimmung vor, gegen die ein Teil der Belegschaft protestierte. Um 5 Uhr, war die geheime Abstimmung, die 37 Stimmen für Streik und 279 für Arbeit ergab.

und erklärte, daß auf Grund derselben die Firma zu dem Abzug nicht berechtigt sei. Nur der Vertreter der NSBO. war es, der den einzigen Weg zur Verhinderung des Lohnraubs aufzeigte, nämlich die Anwendung der Streikwaffe. Noch vor drei Wochen stand die Belegschaft einmütig und geschlossen im Streik gegen den Lohnraub, der nach zwei Tagen auch abgewehrt war.

Die Textilarbeiterinnen und Arbeiter müssen aus diesem kurzen Streik die Lehre ziehen, daß es nicht nur darauf ankommt, den Streik auszulösen, sondern auch richtig zu führen. Es wurde verfaßt, ein konkretes Kampfprogramm aufzustellen und einem Kampfausschuß, getragen von dem Vertrauen der Belegschaft, die Führung des Kampfes gegen den Lohnraub um die betrieblichen Forderungen zu übergeben.

Gewerkschaftsführer, Unternehmer und Nazis hatten zu diesem Ergebnis gleichermäßen beigetragen. Mit allen Mitteln versuchten sie, jeder auf seine Art, der Belegschaft vor einem Streik gruselig zu machen.

Massenentlassungen in der Saganer Textilindustrie

Entlassungen der „Saganer Wollspinnerei“ — Stilllegungsantrag der Firma Moos-Löw-Beer
Alles nur, um einen generellen Lohnraub auch ohne Neueinstellungen zu erwirken

Sagan. Der Antrag der Firma „Saganer Wollspinnerei“ auf Stilllegung wurde bis zum 12. Dezember dieses Jahres vertagt. Die Belegschaft bestand bis vor kurzem noch aus 360 Arbeitern und 40 Angestellten. Jetzt wurde einer Anzahl Angestellten gekündigt, trotzdem noch lieberhaft gearbeitet wird. Die Firma droht mit weiteren Entlassungen von Arbeitern, um dadurch bei der Stadt Steuererhöhungen zu erreichen, und soweit diese genehmigt waren, die Niedererschlagung der Steuern zu erzwingen.

Dem Beispiel der Firma „Saganer Wollspinnerei“ folgend, hat jetzt auch die Firma Moos-Löw-Beer einen Stilllegungsantrag bei der Gewerbeaufsichtsbehörde in Liegnitz gestellt. Die Absichten der Firma Moos-Löw-Beer sind offensichtlich. Da der Firma die Prämie von 100 Mark für Einstellung von Erwerbslosen entging, versucht der Unternehmer Weiß durch die beantragte Stilllegung den Nachweis zu führen, daß durch die Zahlung der bisherigen Tariflöhne der Betrieb außerordentlich gefährdet sei. Auf diesem Wege will die Firma einen generellen Lohnabbau erzwingen. Trotzdem erst vor einer Woche 110 Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Abteilung Färberei entlassen wurden, sind für November größere Entlassungen geplant.

Wie die Gewerkschaftsführer dem Unternehmer „zu Leibe rücken“, um den Hungerstreik auf die Arbeiterschaft abzuwehren, zeigt folgender Fall: Bei einer Unterredung zwischen Hans Weiß (Moos-Löw-Beer) und dem Gauleiter des Textilarbeiterverbandes des Reichs erklärte letzterer: „Sie haben immer gegenüber der Arbeiterschaft entgegenkommen gezeigt und möchten dieses doch in Zukunft beibehalten.“ Dieser Gewerkschaftsführer glaubt also dem Unternehmer zu Leibe zu rücken, indem er ihn anhängig bittet, der Textilarbeiterschaft entgegenzukommen. Ein anderes Beispiel mag die Beurteilung der reformistischen Führer als treue Unternehmer-

Textilproleten, organisiert den Kampf für Zurückeroberung des geraubten Lohnes!

Die NSBO. hatte für Montagabend, um 5 Uhr, eine Belegschaftsversammlung einberufen, die von circa 40 Betriebsarbeitern und Arbeiterinnen besucht war. Die Nazis hatten dagegen in einer von ihnen einberufenen Versammlung, trotzdem sie angeblich, 80 Mitglieder im Betrieb zu haben, nur vier erwerbslose NSBO.-Mitglieder. Immer mehr erkennen die Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter, daß allein die revolutionäre Gewerkschaftsopposition mutig, entschlossen und rücksichtslos für die Interessen der Belegschaft eintritt. Der Genosse Koppke zeigte an Hand der Beispiele von Reichenbach, Langenbielau und Wüstegiersdorf, die Politik der Gewerkschaftsopposition zur Abwägung der Streiks auf. Er zeigte auch die Rolle der Nazis, die sich aus Wahrsicht den kämpfenden Arbeitern als „Führer“ vorstellten, um gleichzeitig durch Geheimverhandlung mit dem Unternehmer die Streiks abzuwürgen. Die Belegschaft der Ostdeutschen Textilwerke muß jetzt alles daran setzen, um den geraubten Lohn wieder zurückzuerobern.

Die Textilarbeiter und Arbeiterinnen bringen am 6. November ihre Absicht gegenüber den widerlichen Verrätern der Gewerkschafts- und Nazi-Führer zum Ausdruck und demonstrieren gleichzeitig gegenüber den Lohnräubern ihren Willen zum gemeinsamen Kampf gegen Hunger und Not, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus!

stigen noch bekräftigen. Der reformistische Betriebsratsobmann Schulz erfuhr von einem geplanten Reherverlauf der Firma an die Belegschaft. Sofort wurde er bei der Direktion vorstellig und bißerte sich an, diesen Reherverkauf unentgeltlich während seiner Freizeit, also nach Arbeitschluss, zu übernehmen. Er spielt also Kaufmann der Firma und erblickt wahrscheinlich darin die „Interessenvertretung“ der Belegschaft. Trotz dieser Tatsache sprechen die reformistischen Führer gerade in der jetzigen Zeit vor den Wahlen sehr von „Stamp“. Die Kollegen und Kolleginnen müssen dieses schändliche Spiel, das mit ihnen getrieben wird, durchschauen. An den Entlassungen in der Wollspinnerei und bei Moos-Löw-Beer können die Arbeiter erkennen, daß

Papens Arbeitsbeschaffungsprogramm reiflos Schiffbruch erlitten

hat. Gegen die Massenentlassungen in der Saganer Textilindustrie und den unerhörten Lohnraub müssen die Textilarbeiterinnen und -arbeiter in jedem Betrieb und jeder Abteilung zusammenzutreten, ihre Kampfbedingungen aufstellen, sich Vertrauensstellen und Kampfaußschüsse wählen. Nur die gemeinsame Aktion der Belegschaften in den Textilfabriken Sagens wird die Unternehmer auf die Knie zwingen. Die Beispiele aus den Streiks der übrigen Textilarbeiter Schlesiens und der Metallarbeiter haben gezeigt, daß die Erwerbslosen sich in allen Fällen mit den streikenden Arbeitern solidarisierten.

Auch die Saganer Textilarbeiter müssen sich einreihen in die Kampffront gegen den Unternehmerstreik, gegen die faschistische Diktatur. Am 6. November gilt es diesen Kampfwillen zu demonstrieren, indem die Textilarbeiterschaft reiflos ihre Stimme den Kommunisten, der Liste 3, gibt.

Eine Meyer-Kauffmann-Arbeiterin berichtet

Langenbielau. Meyer-Kauffmann-Betrieb, Oberkadt. Auch in unserem Betriebe mit einer Belegschaft von ungefähr 60 Arbeitern und Arbeiterinnen, ist die Schinderei und Ausbeutung ungeheuer groß. Nachdem der untere Betrieb die Arbeit wieder aufgenommen hat, glaubt der Obermeister Heiner, mit uns machen zu können, was er will. Er ist ein Antreiber der äbelfsten Sorte.

Viele Arbeiterinnen sind wochenlang krank

Dazu sind unsere Arbeitsbedingungen sehr viel verschlechtert worden. Sonst wurden bei 20 Garn fünf Abziehmädel beschäftigt, jetzt für dieselbe Arbeit nur noch vier. Das bedeutet, daß 4 Mädel die gleiche Arbeit leisten müssen, als sie vorher 5 Mädel geleistet haben. Durch die schlechten Arbeitsbedingungen sind viele Arbeiterinnen wochenlang krank. Trotzdem werden von der Firma keine Hilfskräfte eingestellt, sondern die Arbeit der Fehlenden muß mitgemacht werden. Wochenlang schon sind die Maschinen nicht gepußt worden. Dadurch laufen die Maschinen schlecht und das Arbeiten macht ungeheure Mühe.

Wir Arbeiterinnen sind der Meinung, es sind genug Arbeitslose vorhanden, die mit Freunden Arbeit annehmen, wenn sie dafür richtigen Lohn bekommen. Aber die Firma denkt garnicht daran, neue Arbeiter einzustellen, denn es ist ja viel einfacher, die bereits vorhandenen Arbeiter und Arbeiterinnen auf Kosten ihrer Gesundheit noch mehr auszunutzen. Obermeister Heiner erklärt uns sogar, er könnte trotzdem noch Arbeiter übrigmachen.

Burkhardt der Beauftragte Leuchtenbergers

Wir haben auch einen reformistischen Betriebsrat bei uns. Er heißt Burkhardt. Man muß schon sagen: „Die reformistischen Betriebsräte sind alle über einen Kamm geschoren. Der eine ist ein halbes Schod wert, der andere 30 Stück.“ Diese Leute sagen immer, sie wollen für die Interessen der Arbeiter kämpfen. Aus diesem Grunde und wegen ihrem Versprechen, haben sie ja auch bei der Betriebsratswahl die Stimme bekommen. Im Betrieb denken sie aber nicht daran, ihre Versprechen wahr zu machen. In unseren Textilarbeiter-Verbands-Versammlungen wettern

Leuchtenberger immer auf die Unorganisierten. Manchmal spricht er etwas von Solidarität. Was man von diesen starken Worten Leuchtenbergers zu halten hat, kann man an seinem Handlanger Burkhardt täglich im Betriebe erkennen. Als unsere Kollegen aus dem unteren Betrieb wegen dem Lohnabbau in den Streik getreten sind, forderten wir von ihm, daß er eine Belegschaftsversammlung abhalten soll. Burkhardt sagte uns, er könne das nicht machen, sondern er müsse erst mit der „höheren Instanz“ in Verbindung treten. Wir stellten eine Tag später die gleiche Forderung und da jagte er wieder, er müßte erst Leuchtenberger fragen. Wir haben natürlich auf die Belegschaftsversammlung umsonst gewartet. Leuchtenberger und die sogenannte „höhere Instanz“ hatten gar kein Interesse, daß wir in den Solidaritätsstreik getreten wären. Leider haben wir uns damit zufriedengegeben. Hätten auch wir gestreift, dann wäre Meyer Kauffmann wahrscheinlich in die Knie gezwungen worden, denn unsere Spinnerei spielt im Gesamtbetriebe eine ziemlich große Rolle. In der Zukunft werden wir besser auf dem Poßen sein und uns weder von Burkhardt noch von Leuchtenberger etwas einreden lassen.

Der Lohnbeutel einer Textilarbeiterin

Wir können keinen Pfennig Lohnabbau mehr vertragen. Ich lege diesem Bericht einen Lohnbeutel von voriger Woche bei.

Für 48 Stunden habe ich nur 14 Mark bekommen, das macht auf einen Tag genau 2 Mark.

Ich weiß nicht, was ich mit den paar Pfennigen anfangen soll. Ich muß Miete bezahlen, die Plamotten werden heruntergerissen, meine Schuhe sind kaputt und der Winter steht vor der Tür. Dazu die anstrengende Arbeit. Außer Margarine kann ich mir auf die Fleischstückchen nichts schmeieren. Wo soll da die Kraft herkommen? Mir wird manchmal während der Arbeit übel. Auch ich möchte und müßte mich eigentlich krank melden, wie viele meiner Kolleginnen. Aber es geht nicht. Auf Grund des niederen Lohnes bekomme ich dann noch viel kleineres Krankengeld. Davon kann ich nicht leben. Krankmelden würde für mich bedeuten, mich dem Hungertode auszuliefern.

Es wird Zeit, daß wir Arbeiter und Arbeiterinnen uns im Kampfe gegen unsere Unterdrücker zusammenschließen. Es wird höchste Zeit dazu, wenn wir nicht vorher zugrunde gehen wollen. Wir müssen auf unsere eigene Kraft vertrauen, denn unsere sogenannten Führer, wie Leuchtenberger und wie sie alle heißen, kümmern sich nicht um unsere elende Lage.

Textilarbeiterinnen, Textilarbeiter am 6. November 3

Wer nicht wählen geht, hilft Hitler und Papen! — Deine Stimme nur der KPD, Liste 3

RUND UM DEN ERDBALL

Prinzen und ihre Lakaien

Wie es die Helden der Etappe während des Krieges getrieben haben

Anlässlich des Prinzenaufmarsches in Koburg und des Lakaiendienstes, den die SA. den Prinzen und Fürsten dort erwies, bringen wir aus dem Buch „Etappe Gent“ von Heinrich Wandt ein Kapitel zum Abdruck, aus dem man einiges über die heldenhafte Rolle der Prinzen in der Etappe erfährt:

Prinz Max Hugo von Hohenlohe war 22 Jahre alt und ein kernguter Leutnant der Garde-Mannen. Weil er einer solchen feinknoblen Familie entstammte, so durfte er während des ganzen Krieges nicht an die Front. Er war bald bei der Etappeninspektion in Gent, bei der sein Onkel, Rittermeister Graf Hermersberg, Adjutant war, und bald beim Armeeoberkommando 4 in Thiel.

Da er seine Kraft nicht an der Front betätigen wollte, so prügelte er wehrlose Belgier und Soldaten.

Einstmal hatte er einen Furschen, der sich seine Ohrfeige nicht gutwillig gefallen lassen wollte. Da bezahlte er ihm ein Schmerzensgeld von 20 Mark.

Kein Mensch vermochte zu ertaten, was für einen schweren Dienst das seine, geschmiegelte und gebügelte Herrchen verfab, aber ganz Gent redete über die Gemeinheiten, die dieser prinzliche Offizier ungestraft verübte.

Er bewohnte am Poel in Gent beim Schwiegersohn der reichen Frau Voortman ein hochfeines Quartier und schämte sich nicht, dieser im Großmutteralter stehenden Lebenswürdigen und seinen Dame die verrufensten Dirnen der Stadt ins Haus zu schleppen.

Abends sah er öfters im Lichtspielhaus Carillon am Korten Dagleg, um junge Damen anzubeden. Dabei pflegte er immer seine Feine in ganz regelhafter Weise von sich quer über den Gang zu strecken, so daß die anderen Besucher in der Dunkelheit darüber witzelten. Auch pfiß er laut und unaufhörlich die Melodien bekannter unanständiger Lieder, obgleich viele Leute nur in den Carillon gingen, um sich die wirklich gute Musik der darin spielenden Kapelle anzuhören.

Eines Tages nahm sich der Feißer mit Rücksicht auf seine anderen Gäste ein Herz und ließ „Seine Durchlaucht“ durch zwei Angestellte in höflicher Weise bitten, sich doch anständiger zu benehmen.

Da kam er schön an! Der fürstliche „Kavalier“ brüllte, tobte und drohte, das ganze Lichtspielhaus sofort schließen und den Eigentümer und seine Angehörigen verhaften zu lassen.

Er rannte auch wirklich spornreicht zur Kommandantur und verlangte eine „ganz exemplarische Bestrafung“ der Leute, die ihn so frechhaft beleidigt hatten.

Und weil er doch einmal ein richtiger Prinz von Gottesgaden war, so tat man ihm den Gefallen und bestrafte den Feißer des Carillons und zwei seiner Angestellten empfindlich.

Ein weiteres Todesopfer des Grubenunglücks auf der Zeche „Sofia Jacoba“

Aachen, 20. Oktober. Im Einnischer Krankenhaus ist auch der Bergmann Harnau seinen schweren Verletzungen, die er bei dem Grubenunglück auf der Zeche „Sofia Jacoba“ erlitten hatte, erlegen.

Drei Todesopfer eines Verkehrsunglücks bei Halle

Halle, 20. Oktober. Der Zusammenstoß zwischen einem Personenzug und einem Kraftverkehrsomnibus am Passendorfer Hebertweg hat bisher drei Todesopfer gefordert. Außer dem Kraftwagenführer starb bald nach dem Unfall einer der Schwerverletzten. Nunmehr ist auch der 55 Jahre alte Lokomotivführer Otto Parthier, der durch ausströmenden Dampf und Kesselwasser schwer verbrüht worden war, im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Ein Todesopfer des Herbststurmes

Merseburg, 20. Oktober. In Merseburg forderte der Herbststurm ein Todesopfer. Die Witwe Voigt befand sich mit ihrem dreijährigen Tochterchen in den Anlagen am Feldschloßchenweg, als plötzlich vom Sturm ein Alt heruntergerissen und mit solcher Wucht auf den Kopf des Kindes geschleudert wurde, daß es einen Schädelbruch erlitt, an dem es dann im Krankenhaus starb.

Durch Heißdampf tödlich verbrüht

Herford, 20. Oktober. In der Schokoladenfabrik Weinberg an der Werrestraße ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Der Maschinenmeister Sohns, ein als besonders tüchtig und pflichttreu geschätzter Arbeiter, hatte an einem Kessel das Hauptventil gelöst, weil er den Kessel für verstopft hielt. Sohns hatte die Mithilfe von Arbeitskollegen abgelehnt. Unglücklicherweise stand der Kessel noch unter ziemlich hohem Druck. So strömte der Heißdampf in den Behälter, in dem Sohns arbeitete. Der Unglückliche wurde dabei so hart verbrüht, daß er sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Hier starb der Verunglückte bereits wenige Stunden später an den erlittenen Verbrühungen.

Der Sohn erwürgt den Vater

Braunsdorf (Kr. Jessen), 20. Oktober. Den Bemühungen der Landjäger gelang es, einen Mord aufzuklären, der am 13. April dieses Jahres in Braunsdorf verübt worden ist. Dort wurde der 37 Jahre alte Häusler Liehs auf seinem Grundstück erhängt aufgefunden. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß der eigene Sohn unter Beihilfe der Mutter und des Bruders den Vater in der Nacht erwürgt hat.

damit wenigstens der vielgerühmten deutschen „Gerechtigkeit“ Gemilge getan war.

Der Prinz aber wurde vom dankbaren deutschen Vaterland nicht vergessen, sondern erhielt bei jeder Gelegenheit Orden und Ehrenzeichen, so daß er mit einem ganzen „Klempnerladen“ auf der Brust sich zeigen konnte.

Endlich, als sein Benehmen zum Himmel stank und der militärische Polizeichef von Gent, der wohlbekannte und wohlbeliebte Major Heiß, beim damaligen Etappeninspekteur, dem General der Kavallerie Wolfgang v. Unger, über des Prinzen Schweinereien Vortrag hielt, hatte seine letzte Stunde in Gent geschlagen.

Er wurde nach Brüssel „strafverlegt“ und erhielt dort ein schönes „Dienstzimmer“ mit Ministertischen und weichen Klubsesseln zugewiesen.

Was er darin „arbeitete“, erriet kein Mensch. Aber Brüssel war bekanntlich noch viel amüsanter als Gent und bildete während der Kriegsjahre den Sammelplatz für die jungen kräftigen Leute fürstlichen Geblüts, die ihre gesunden Knochen für das deutsche Vaterland nicht auf Spiel zu setzen brauchten, weil sie Prinzen waren...!



Das prinzliche Brautpaar in Koburg unter dem Schutz der SA.-Lakaien

Eine halbe Million Kinder auf der Straße

Hunderttausende als Schwarzfahrer auf der Eisenbahn — Grenzenloses Kinderelend in Amerika

Was noch vor einigen Jahren als Märchen erschienen wäre, ist heute Wirklichkeit. In den Jahren 1923 bis 1925 noch füllte die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse ihre Spalten mit Berichten über Kinderelend in der Sowjetunion. Heute muß jeder zugeben, daß die Verwahrlosung der Kinder in der Sowjetunion vollständig liquidiert ist. Die Sowjetunion hat keine Mühe gescheut, um dieses Erbe des Zarismus und der weißen Generale zu liquidieren, um die Kinder produktiven Betrieben zuzuführen.

Wer aber hätte damals geglaubt, daß das reichste kapitalistische Land der Welt, die Vereinigten Staaten von Amerika, das Land, das — wie die bürgerliche und sozialdemokratische Presse hervorhob — in Wohlstand und Ueberfluß schwelgte, bald den Schauplatz eines Kinderelends sondergleichen bilden werde. Die Nazis und die Deutschnationalen gehören bekanntlich zu den Bewunderern Amerikas. Ihr Ideal ist es, Deutschland auf die Stufe zu bringen, auf der sich Amerika heute befindet. Wie sieht es nun in Amerika aus? Folgen wir einer Darstellung des „Lokal-Anzeiger“, des Hugenberg-Organs, in seiner Abendausgabe vom 18. Oktober.

Da schreibt der Korrespondent des „Lokal-Anzeiger“, Albert S. Deuble, wörtlich:

„Zwischen 300 000 und 500 000 Knaben und Jünglinge im Alter von 12 bis 21 Jahren, zu denen sich noch einige Tausend fortgelaufene Mädchen gesellen, bevölkern heute die amerikanischen Landstraßen. Eine halbe Million Kinder schlagen sich fern von Vater und Mutter durch die Lande. Wo die Autofahrer verjagen, mühen die Güterwagen der Jochner herhalten, selbst wenn es eine lebensgefährliche Sache ist, sich ihnen anzuvertrauen.“

Seit Beginn der Depression ist die Zahl der wandernden Kinder ungeheuer gestiegen. Die Slums, die Elendsviertel der Großstädte, die hauptsächlich von Ausländern bewohnt werden, sind mit ihrem Elend für die halbamerikanischen Kinder unerträglich geworden. Einst trieb sie die Abenteuerlust heraus, heute ist es die Not und das Elend. Knaben von kaum 10 Jahren verschwinden aus den elterlichen Heimen. Während sie noch vor drei Jahren sich größtenteils als Zeitungverkäufer oder Schuhputzer durchs Leben schlugen, werden sie heute eben Waga-

bunden, denn die Konkurrenz ist auf allen Arbeitsgebieten zu groß.

Amerikas vagabundierendes Kinderheer wird allmählich zu einer schweren sittlichen und sozialen Gefahr. Das soziale Bild der Unwissenheit von Chicago, das wegen seiner zentralen Lage — in Chicago strömen viele der Wanderer und Vagabunden aus allen Teilen der Union zusammen — besonders genau mit den Verhältnissen vertraut ist, sieht sich zu folgender Feststellung gezwungen: Kinder, die einst einen anständigen Lebensstandard hatten, ziehen durch das Land. Nachts schlafen sie in den Kleibern. Sie werden schmutzig und geben dem Ungeziefer ein Stelldichein. Tagelang haben sie oft außer Kaffee, Brot und Bohnen nichts zu essen. Im Winter sind sie den Unilden der Witterung preisgegeben. Vergangenen Winter wurden auf einem einzigen Güterzug nicht weniger als 35 halberfrorene junge Männer aufgefunden, die teilweise schon Lungenentzündung hatten. Da die Güterbahnhöfe bewacht werden, müssen die fahrenden Jüge bestiegen werden. Bei einer einzigen Eisenbahn wurden im letzten Winter mehr als 50 solche Wanderer getötet und über hundert zu Krüppeln gemacht. Es ist unmöglich geworden, in den einzelnen Gemeinden Hilfe greifbar zu machen. Der unwillkommene Besucher muß deshalb von Almosen leben oder stehlen. Die Kinder treffen in den Obdachhäusern und auf den Straßen Verbrecher und entflozene Sträflinge und werden selbst verdoeben.“

So schildert der Hugenbergische „Lokal-Anzeiger“ die Lage der Kinder im Paradies Amerika. Aber Amerika steht in dieser Beziehung heute nicht einzeln da. Ein Kinderelend sondergleichen macht sich in der ganzen kapitalistischen Welt breit. Unzählige Kinder fallen Seuchen und Krankheiten zum Opfer und viele geraten notgedrungen in die Arme des Verbrechens.

Das ist das Los der Jugend in der kapitalistischen Welt, während auch die verbissensten Feinde der Sowjetunion zugeben müssen, daß dort sich ver Jugend ungeachtete Perspektiven eröffnen, daß dort die Jugend Möglichkeiten besitzt, wie sie sie in den kapitalistischen Ländern auch zur Zeit der Konjunktur nie befehen hat.

Schwere Grubenunfälle im Saargebiet

Saarbrücken, 20. Oktober. Mit der Steigerung der Förderung auf den saarländischen Kohlengruben wächst gleichzeitig auch die Unfallziffer an. In den letzten Tagen waren allein vier schwere Grubenunfälle zu verzeichnen. Auf der Zeche Gögelsborn wurden drei Bergleute von herabfallendem Gestein vergraben. Während zwei mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wurden, verstarb der dritte kurz nach seiner Bergung. Ein weiterer Unfall ereignete sich auf der Schiffweiler-Grube. Durch Bruch eines schweren Kohlenabdrucks gerieten auf ihr drei Bergleute unter die Kohlenmassen. Einer war sofort tot, ein anderer wurde schwer verletzt, während der Dritte mit einem Beinbruch davontam. Auf der Grube Reden wurde ein Bergmann durch herabfallendes Gestein ebenfalls schwer verletzt. Auf der gleichen Zeche wurde etwas später noch ein Bergmann durch einen Ausfall aus dem Hangenden erheblich am Kopfe verletzt.

Schmuggel

Welchen Umfang der Schmuggel an der deutsch-holländischen Grenze immer noch hat, läßt die nachstehende Zusammenstellung der Warenmengen erkennen, die im abgelassenen Vierteljahr vom 1. Juli bis zum 30. September von den mit der Schmuggelbekämpfung betrauten Zollstellen des Landesfinanzamtsbezirks Münster beschlagnahmt worden sind.

Bei 1739 Aufgriffen wurden den Schmugglern abgenommen 33 945 Zigaretten, eine größere Menge Zigarren und 10 612 Kilogramm sonstige Tabakwaren; 1328 Kilogramm Kaffee, 130 Kilogramm Kakao, 14 230 Kilogramm Getreide und Mülereizeugnisse, 408 Kilogramm Fleischwaren, 9 Pferde, 25 Schweine und rund 2000 Kilogramm Waren verschiedener Art, außerdem an Verkehrsmitteln, die zur Beförderung von Schmuggelwaren dienen, 346 Fahrräder, 9 Krafträder, 16 Kraftwagen, 2 Autobusse und 8 Pferdewagen.

Aufschwung des Handelschiffbaus in der Sowjetunion

Moskau, 20. Oktober. Die Leningrader Schiffbauwerft „Marty“ wird in den nächsten Tagen drei neue Motorschiffe für Holztransport mit einer Tragfähigkeit von je 5500 Tonnen von Stapel lassen. Der Handelschiffbau in der Sowjetunion hat in den letzten Jahren starken Aufschwung genommen. Die Handelsflotte, die die proletarische Revolution von der russischen Bourgeoisie übernommen hat, war zahlenmäßig gering, stark abgenutzt und technisch veraltet. Am 1. Januar 1925 zählte die Sowjethandelsflotte 200 Einheiten mit einer Gesamttonnage von 257 800 Tonnen. Infolge von Abnutzung ist ihre Gesamttonnage im Januar 1927 auf 212 624 Tonnen zurückgegangen. Seit diesem Jahr wurde der Handelschiffbau der Sowjetunion weit entfaltet. Im Januar 1932 befaß die Sowjetunion bereits über 300 Handelschiffe, mit einer Gesamttonnage von 607 596 Tonnen. Im laufenden Jahre wurden bis zum 15. Juli weitere 15 Einheiten mit einer Gesamttonnage von 57 260 Tonnen von Stapel gelassen. Weitere drei Motorschiffe werden demnächst fertiggestellt. Die Sowjetchiffe werden nach den letzten Anforderungen der Technik und mit großer Tragfähigkeit erbaut. Die Tankschiffe werden jetzt mit einer Tonnage von 10 000 Tonnen gebaut.

Schneesturm über den nordamerikanischen Prärien

New York, 20. Oktober. Nach einer Meldung aus Süd-Dakota tobt dort sowie über Nord-Dakota, Montana und Wyoming ein Schneesturm von ungewöhnlicher Heftigkeit. Man befürchtet Viehverluste unter dem Weidewich. Alle Verbindungswege, Eisenbahnen und Drahtleitungen sind unterbrochen.

Die Werttätigen der Mandchurei erheben sich

300 000 Freischärler im Kampf gegen den japanischen Imperialismus

Paris, 20. Oktober. Agentur Havas erfährt aus Schanghai, daß im Laufe des letzten Jahres nicht weniger als 300 000 mandchurische Chinesen freiwillig in die Freischärlertruppen eingetreten sind, um mit der Waffe in der Hand für die Befreiung der Mandchurei vom japanischen Imperialismus zu kämpfen. Etwa 120 000 Aufständische marschieren auf die Stadt Kirin und versuchen diese Stadt wiederzuerobern.

Die Werttätigen der Mandchurei erheben sich gegen den japanischen Imperialismus. Die Millionenmassen des chinesischen Volkes erkennen immer klarer, daß die Kuomintang-Regierung sie blickt, wenn sie ihnen erzählt, der Völkerverbund würde helfen. Sie erkennen immer klarer, daß nur der nationalrevolutionäre Aufstand der chinesischen Volksmassen die Aufstellung Chinas unter den imperialistischen Mächten verhindern und das chinesische Volk von imperialistischer Unterdrückung befreien kann. Der siegreiche Vormarsch der Roten Armeen in Süchina beweist auch, daß die Werttätigen Chinas im wachsenden Maße zu der Erkenntnis gelangen, daß nur unter den roten Sowjetjahren in unversöhnlicher Feindschaft gegen die Kapitalisten des eigenen Landes, die das Volk an die Imperialisten verschahren, die Befreiung Chinas vollzogen werden kann.

Sowjetfeindliche Regierung in Rumänien gebildet

Bukarest, 20. Oktober. Der vom König beauftragte neue Ministerpräsident Maniu hat die neue Regierung gebildet, die einen ausgesprochen sowjetfeindlichen Charakter trägt, was schon darin zum Ausdruck kommt, daß Titulescu, der bekanntlich mit allen Mitteln den Abschluß eines Nichtangriffspaktes hintertreibt, das Außenministerium befehlt. Die Ernennung des verächtlichen Schlächters Michalak zum Innenminister deutet darauf hin, daß die rumänische Bourgeoisie ihren Unterdrückungssektzug gegen die werttätigen Massen Rumäniens undessarabiens verschärfen will.

Die englischen Arbeitslosenruhen und die „Hand Moskaus“

Versprechungen der Macdonald-Regierung

London, 20. Oktober. Die heftigen Arbeitslosenkämpfe der letzten Zeit werden von der englischen Regierung zu einer Neuauflage der Antisowjettheorie benutzt. Im Unterhaus erklärte der Innenminister John Gilmour, die Hauptschuld an den Vorkommnissen trage Moskau, das Anweisung zur Veranstaltung solcher Kundgebungen gegeben habe. Auch Macdonald schloß sich dieser lächerlichen und infamen Heße an und erklärte, gegen die „Unruhestifter“ werde aufs strengste vorgegangen werden.

Gleichzeitig aber muß die Regierung unter dem Druck der kämpfenden Massen antworten, daß sie eine Aenderung der Bestimmungen über die Bedürftigkeitsprüfung vornehmen wolle. Selbstverständlich denkt die Regierung nicht an die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung. Jedoch ist sie durch die Kämpfe der letzten Zeit zu einigen Wandern gezwungen.

Amerika droht Japan

Washington, 19. Oktober. Der Leiter der Fernostabteilung im Staatsdepartement, Hornbeck, hielt gestern eine längere Rede, in der er für Amerika das Recht in Anspruch nimmt, in die japanisch-chinesischen Streitigkeiten einzugreifen. Er erklärte u. a.: Durch die in diesem Streit angewandte Gewalt seien die „legitimen Interessen und wohlverworbenen Rechte“ dritter Staaten angefaßt worden. Diese Gewalt stelle einen Bruch des

Regierungskrise in der Tschechoslowakei

Weitere Vertiefung der Wirtschaftskrise und neue Hungeroffensive gegen die Werttätigen

Prag, 20. Oktober. Nachdem in diesen Tagen bereits die rumänische Regierung zurückgetreten ist, ist nun auch in der Tschechoslowakei eine Regierungskrise eingetreten. Ministerpräsident Udrzal hat seinen Posten niedergelegt. Es ist wahrscheinlich, daß an seine Stelle der bisherige Präsident des Abgeordnetenhauses, der tschechische Großagrarier Malypetr, tritt.

Auch in dieser Regierungskrise der Tschechoslowakei spiegelt sich die weitere Vertiefung der Wirtschaftskrise wider. Die bisherige Regierung Udrzal, der sieben sozialdemokratische Minister angehörten, sah sich wachsenden Schwierigkeiten gegenüber. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter jähen an, der Außenhandel fiel um 25 Prozent, die Agrarkrise verschärfte sich und die finanzielle Situation des tschechoslowakischen Kapitalismus gestaltete sich immer schwieriger. In dieser Situation unternahm die Koalitionsregierung eine neue Hungeroffensive gegen die arbeitenden Massen bei gleichzeitiger Entfaltung einer chauvinistischen Kriegsheße.

Die angewachsenen Schwierigkeiten und der revolutionäre Aufschwung im Lande haben nun auch Differenzen im Lager der Bourgeoisie selbst zur Folge, die in erster Linie um die Frage des Anteils am Profit und der Methoden der bürgerlichen Diktatur gehen. Die gegenwärtige Regierungskrise ist eine Folge dieser Differenzen. Man wird versuchen, vorläufig die kapitalistische Diktatur noch in der Form einer Koalitionsregierung

auszuüben, aber es zeigt sich bereits deutlich, daß man mit Hilfe der Sozialdemokratie eine Regierung nach dem Muster der Brüning-Regierung in Deutschland bilden will.

Auf der jüngst stattgefundenen Tagung des Zentralkomitees unserer tschechoslowakischen Bruderpartei hat der Genosse Gottwald bereits diese Entwicklung aufgezeigt und betont, daß die Gesamtsituation einen entschlossenen Kurs der kommunistischen Partei auf große wirtschaftliche und politische Kämpfe erfordert.

Faschistische Diktatur in Jugoslawien erschüttert

Belgrad, 20. Oktober. Während aus allen Teilen des Landes bewaffnete Bauernaufstände und nationalrevolutionäre Kämpfe in Kroatien gemeldet werden, die die Grundlagen der faschistischen Diktatur in Jugoslawien aufs schwerste erschüttern, hat der augenblickliche Ministerpräsident Srditsch einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der als eine Scheinkonzession den unterdrückten nationalen Minderheiten hingeworfen werden soll. Der König Karajorgewitsch hat aber diese Konzessionen abgelehnt, so daß in den nächsten Tagen der Rücktritt der Regierung zu erwarten sein dürfte.

Vor dem 15. Jahrestag der siegreichen Oktoberrevolution

Neue Siege des sozialistischen Aufbaus

Zahlreiche Betriebe melden vorzeitige Erfüllung des Fünfjahrplans

Moskau, 20. Oktober. Während die Weltwirtschaftskrise sowohl Industrie wie Landwirtschaft in den kapitalistischen Ländern zerschört, verzeichnet die Sowjetunion tagtäglich neue Erfolge auf allen Gebieten des sozialistischen Aufbaus. Nach der Industriebefehung des Dneprprojektor sowie zahlreicher Betriebe zur Herstellung von synthetischem Kautschuk, nach der vorzeitigen Erfüllung des Fünfjahrplanes in der Moskauer Maschinenfabrik und der Durchführung der Herbstarbeiten in der Tatarenrepublik, ist nunmehr ein neuer Riesenerfolg auf dem Gebiet des Lokomotivbaus in der Sowjetunion zu verzeichnen. Die Arbeiter und Ingenieure der Lokomotivfabrik in Kolumna sandten einen Bericht an das ZK der KPSU, und an die Sowjetregierung, in welchem sie über die Herstellung der größten Sowjetlokomotive und zugleich der stärksten Referenzlokomotive in Europa berichteten. Deutsche und englische Fachleute haben diese Lokomotive als die beste der Gegenwart anerkannt.

Der Metallbetrieb „Kalinka“ in Tiflis berichtet über eine hundertprozentige Erfüllung seines Fünfjahrplanes. In neun Monaten dieses Jahres wurde die Produktion dieses Betriebes um 82 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres gesteigert.

Die Kollektivwirtschaften in der Ukraine führen die Beschlüsse des letzten ZK-Plenums mit der größten Begeisterung durch. Zahlreiche Kollektiven haben beschlossen, die Herbstausaat in den nächsten Tagen zu beenden.

So bringt jeder neue Tag vor dem 15. Jahrestag der siegreichen Oktoberrevolution auch neue Siege der Werttätigen der Sowjetunion, die begleitet werden von einer ständigen Hebung des Lebensniveaus der Arbeiter und Kollektivbauern. Dieses gewaltige Vorwärtstreiben unter Überwindung aller Schwierigkeiten und auf der anderen Seite der unaufhaltbare Zerfall in allen kapitalistischen Ländern zeigt am besten die ungeheure Überlegenheit des Sozialismus über den verfaulenden Kapitalismus.

Weltfriedens dar. Die Vereinigten Staaten seien verpflichtet, sich um die „chinesische Souveränität“ zu bemühen.

Diese Rede ist ein weiterer Beweis für die Zuspitzung der Gegensätze zwischen dem japanischen und amerikanischen Imperialismus. Wenn die Vertreter der Vereinigten Staaten von ihrer „Souveränität Chinas“ reden, so meinen sie damit in Wirklichkeit ihre imperialistischen Machtpositionen in China, die durch den Raubkrieg ihres japanischen Konkurrenten empfindlich verletzt wurden. Die amerikanischen Drohungen zeigen dem Weltproletariat, wie nahe die Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges wieder gerückt ist, dessen Einleitung der japanische Raubkrieg in der Mandchurei darstellt. Dabei darf jedoch niemals vergessen werden, daß die imperialistischen Staaten stets versuchen werden, ihre Gegensätze durch einen gemeinsamen Angriff gegen die Sowjetunion zeitweilig zu überbrücken.

England entfacht Bürgerkrieg in China

Raub der chinesischen Provinz Szechuan geplant

Tokio, 19. Oktober. Nach japanischen Meldungen aus Tschunking lobt in der chinesischen Provinz Szechuan ein Bürgerkrieg. Diese chinesische Provinz grenzt an Tibet. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß hinter den bürgerkriegsführenden chinesischen Generalen der englische Imperialismus steht, der an den Grenzen Tibets die gleichen Pläne verfolgt wie Japan in der Mandchurei. England will die Provinz Szechuan an Tibet angliedern, das sich völlig unter englischer Oberherrschaft befindet, und das ganze als ein neues „autonomes Großtibet“ präsentieren.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4). Uebersetzt von Olga Holpern.

17. Fortsetzung.

Es war mir klar, daß er recht hatte, und ich entschloß mich für letzteres.

Seit Herbst 1900, wo die Genossen Kurnatowski, Kjachowski und andere nach Woronesch gekommen waren, besagte die Zirkulation gänzlich die Richtung der „Kaschische Djele“, an deren Spitze Wladimirov stand. Die Zirkulation war aber damals noch so schwach, daß sie nicht in der Lage war, eine konspirative Wohnung zu mieten, wo die Genossen, die zur illegalen Arbeit kamen, hätten erscheinen können, ohne die sofortige Verhaftung zu riskieren, was in den Wohnungen der politischen Verbannten immer der Fall sein konnte.

Der Zug nach Moskau ging zwischen fünf und sechs Uhr früh, ich mußte also die Nacht entweder in einem Hotel oder auf dem Bahnhof verbringen. Ich ging aber weder in ein Hotel noch in einen Gasthof, da ich dort meinen Paß hätte vorzeigen müssen; außerdem wäre es auch zu teuer gewesen. Die fünfundsiebzig Rubel, die ich besaß, erlaubten mir nicht, in einem Hotel zu übernachten. Ich hatte beschlossen, solange wie möglich mit diesem Geld, das ich in der Fabrik bekommen hatte, auszukommen ohne die Organisation, die bei den spärlichen Geldmitteln der Partei überhaupt mit jeder Koefele rechnen mußte, um eine Unterpflanzung zu bitten. Alles sprach also dafür, daß ich über Nacht auf dem Bahnhof bleiben mußte. Dort waren nicht nur die Bänke und Tische, sondern auch alle Plätze unter den Bänken mit Menschen belegt. Auf dem schmutzigen, bespudeten Fußboden des Bahnhofs lagen schlafende Bauern und Arbeiter, die ebenso wie ich den Zug erwarteten. Feindliche Blicke konnte man Nacht für Nacht an allen Eisenbahnstrecken und auf allen Bahnhöfen des zaristi-

schen Rußlands beobachten. Ganz zufällig fand ich noch ein Plätzchen auf einer Bank im Korridor. Die Nacht war kalt, beide Türen des Korridors wurden alle Augenblicke weit aufgerissen. Es zog erbärmlich. Ich lag da in meiner durchnässten Wäsche, in meinen durchnässten Kleidern und war starr vor Kälte. Diese in der Kälte und im Zugwind verbrachte Nacht beeinflusste meine Gesundheit sehr ungünstig. Je mehr ich mich dem Norden näherte, um so stärker trat mein Rheumatismus auf. Besonders heftig quälte mich meine Krankheit bei der Ankunft in Moskau. Dort war es noch kälter. Vor starkem Schmerz im Bein konnte ich dort nur mit Mühe aus dem Waggon steigen, um in den Zug umzusteigen, der mich zum Jaroslawlzer Bahnhof führen sollte. Manchmal ging es mir blühartig durch den Kopf, daß ich vielleicht doch dem Raschlag Luffijas hätte folgen sollen. Es war aber zu spät, zu bedauern, es blieb kein anderer Ausweg, als weiterzufahren.

Als wir uns nach dem Aufenthalt in Moskau der Station Sijergejewo näherten, trat in den Waggon ein riesengroßer Mönch aus dem berühmten Trojiz-Sijergejewer Kloster mit einem schredlichen, tierischen Gesicht. Er hielt einen Kupferring in der Hand, an dem ein ziemlich großer Lederbeutel hing und rief mit lauter Stimme:

„Gebt etwas für eine Kerze für den heiligen Sijergej! Gebt, ihr frommen Christen! Seid nicht faul: der Hand des Spenders wird es wohl ergehen...!“

Es war peinlich, die Arbeiter und Bauern zu beobachten, die in den Sad dieses Kleines, der auf seinem breiten Rücken wohl die schwerste Last in einem Hofen hätten tragen oder im Wald hätte Holz hacken können, Kupfer, ja sogar Silbermünzen hineinwarfen.

In Jaroslawl, wo zu jener Zeit das Zentrum des „Nordverbandes“ war, verbrachte ich nicht weniger als zwei Wochen, da ich erklärte, daß ich ohne falschen Paß, unter meinem eigenen Namen, um keinen Preis die revolutionäre Arbeit beginnen könne. Dort traf ich mit Anastassja Sabenko und auch mit der Kjedroma und mit der Nowitskij zusammen.

Als ich einen unausgefüllten Paß bekam, fuhr ich gegen den fünfzehnten September mit dem Dampfer nach Kineschma, das damals zum Kostromer Gouvernement gehörte.

Wir kamen nach Kineschma. Das Wasser schlug gegen die Fähr, auf der ich zum gegenüberliegenden Ufer der Wolga fuhr. Ich stand auf der Fähr und betrachtete die Stadt, von der wir uns entfernten.

„Welch ein Unterschied“, dachte ich, die ziemlich hochliegende Stadt Kineschma mit ihren Häusern und Kirchen betrachtend, „welch ein Unterschied zwischen dieser mit Traurigkeit durchdrängten Nordlandschaft der Wolga und den prächtigen, saftigen, grellen Farben des Schwarzen Meeres und den mit dichtem Grün bedeckten kaukasischen Bergen!“ Ich betrachtete aufmerksam die Bewohner dieser Gegend, deren Haarfarbe der Farbe des Uferlandes glich und deren Augen hellgrau waren.

„Erst vor kurzem sah ich die furchtbar schweren Bedingungen des Arbeiterlebens im blühenden Süden. Was werde ich erst hier, im traurigen Norden in dem Textilgebiet zu sehen bekommen?“ ging es mir durch den Kopf.

Die Fähr landete am Ufer. Ich verließ sie als erster und ging am Wolgaufer entlang, an einer Textilfabrik, an Sägemühlen vorbei und kam schließlich in die chemische Fabrik von Filosofow. Überall lag herbstlicher Stragelot, der kaum zu passieren war. Es roch nach Säuren. Auf dem Hof waren riesengroße Flaschen, in runden Körben in Stroh eingepackt. Aus einem langgestreckten, kasernenartigen Holzgebäude kamen Arbeiter, die wie Bauern ausfanden, mit kurzem, auf die Stirn gefämmtem Haar, in Schürzen und hohen Stiefeln. In ihren Gesichtern und ihren Gestalten spiegelte sich Gedrüdtheit und Unterwürfigkeit.

Aus Neugierde trat ich in diese Barade. Ich erblickte zwei Reihen von Betten, die eng nebeneinander standen, zwischen den beiden Reihen war ein ganz enger Durchgang. Ein schwerer Geruch schlug mir entgegen. Ich war erschüttert von dem unbeschreiblichen Schmutz, der in dieser Schicht den Fußboden, der augenscheinlich niemals gesäubert wurde, bedeckte. Da die Arbeiter, die in die Kaserne kamen und sich in ihrer schmutzigen Kleidung, ohne die Stiefel von den Füßen zu ziehen, auf die Betten legten, um ein wenig auszuruhen und dann wieder zur Arbeit zu gehen, waren auch die Betten nicht besonders sauber.

Die Gesichtsfarbe der Arbeiter war gelblichgrün, der Ausdruck ihrer Gesichter müde und apathisch. Augenscheinlich kamen sie gar nicht dazu, an Sauberkeit zu denken. Sie trugen mit ihren Stiefeln den Stragelot in die Barade, der auf dem Fußboden kleben blieb.

„Wollen Sie den Herrn B sprechen? Er ist der Stellvertreter unseres Direktors. Dort gegenüber ist seine Wohnung“, sagte man mir, als ich die Barade verließ.

(Fortsetzung folgt)

10 Prozent Lohnraub bei den Hartsteinwerken Krause

Die Belegschaft in passiver Resistenz — Gewerkschaftsbürokratie verkräftet Belegschaft auf Klage beim Arbeitsgericht — Anhänger der KPD., verflücht den Kurs für die Gewinnung der Betriebsarbeiter und Gewerkschaftskollegen

Eber-Willegiersdorf. Der Belegschaft der Hartsteinwerke Krause wurde zum 12. d. Mts. gekündigt. In der Kündigung wurde mitgeteilt, daß alle jene, die mit einem zehnprozentigen Lohnabbau einverstanden sind, weiter arbeiten können. Der Betriebsrat wandte sich in dieser Angelegenheit an den Steinarbeiterverband. Dieser fand kein Wort des Kampfes gegen den Lohnraub, sondern verwies die Belegschaft auf eine Klage beim Arbeitsgericht. Auf Grund dieser Haltung der Gewerkschaftsbürokratie, beschloß eine stattgefundene Belegschaftsversammlung sich den Lohnabbau stillschweigend verweigern zu lassen.

Dieser Vorfall wurde der KPD. bekannt. Sofort wurde mit dem Steinarbeitern Fühlung genommen und am Montag früh erneut eine Belegschaftsversammlung durchgeführt. In dieser Versammlung freudeten die Arbeiter ihren Willen zum gemeinsamen Kampf gegen den unerhörten Lohnabbau zum Ausdruck.

Die Belegschaft trat mit Ausnahme der zwei Schmiedearbeiter in passiver Resistenz.

Aus der Betriebsleiter Weiser erschien, erklärte er, der Lohnabbau werde auf alle Fälle durchgeführt, wer um 10 Uhr die Arbeit nicht aufnehme, sei entlassen. Bis um 10 Uhr wurde die passive Resistenz durchgeführt. Die Belegschaft nahm dann zu der Erklärung des Betriebsleiters Stellung, führte erneut eine Abstimmung durch, in der sich 11 Arbeiter für den Streik und 15 dagegen aussprachen. Die passive Resistenz wurde daraufhin erfolglos abgebrochen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist im wesentlichen auf die Haltung der Gewerkschaftsbürokratie zurückzuführen, die der Belegschaft bzw. einzelnen Kollegen einredete, daß der Streik „ja doch erfolglos“ sei und sie nur entlassen würden. So wie die Bürokratie des Steinarbeiterverbandes, erklärte auch der Gewerkschaftsführer August Kramer vom Textilarbeiterverband einem Steinarbeiter gegenüber, ein Teilstreit habe keinen Zweck, man müsse warten bis zum Generalkstreik. Auf die Frage, wann gedient ihr zum Generalkstreik aufzurufen? blieb Kramer die Antwort schuldig. Die Arbeiter und vor allem die Gewerkschaftsmitglieder haben aber nicht zugehört, was der Textilarbeiterführer Kramer nach dem 20. Juli jagte.

Damals verlangten die Gewerkschaftskollegen ebenfalls den Generalkstreik, als Antwort auf den faschistischen Umsturz in Preußen!

Kramer aber erklärte: „Man soll die Leute nicht noch mehr aufwecken, sie sind vorher schon aufgeregt genug.“ Der Wille der Gewerkschaftsbürokratie ist also, daß die Gewerkschaftskollegen „Mühe und Besonnenheit“ bewahren sollen, damit der Raubzug auf die Taschen der Arbeiterschaft ungehindert durchgeführt werden kann. Bei der Firma Krause ist das der Gewerkschaftsbürokratie gelungen. Nur auf Grund der ungenügenden Arbeit der Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition, war das Abstimmungsergebnis ungünstlich.

Die Anhänger der KPD. müssen vor allem versuchen, in diesem Betrieb den Stahlhelmarbeitern, die hier vorwiegend beschäftigt sind, klar zu machen, daß jeder Pfennig Lohnraub, den sie hinnehmen, vermehrtes Elend, noch größere Not für die gesamte Arbeiterklasse bedeutet. Das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie zeigt den Arbeitern immer klarer, daß nur ohne und gegen die Gewerkschaftsführung der Lohnabbau erfolgreich abgewehrt werden kann. Voraussetzung ist, daß die Arbeiter in gemeinsamer Front kämpfen.

Betrugsmanöver des Waldenburger Baugewerksbundes

Waldenburg. Der Baugewerksbund, Baugewerkschaft Waldenburg, wendet sich in einem Flugblatt „gegen den freiwilligen Arbeitsdienst“ und ruft auf zum „Kampf“.

Doch welche Ironie des Schicksals, die Parteigenossen derselben Leute, feiste Sozialdemokraten, die so etwas schreiben, stimmen in den Kommunen der Ausführung von Arbeiten im „freiwilligen Arbeitsdienst“ zu. In Liebau sind es sogar Gewerkschaftler, die den „freiwilligen Arbeitsdienst“ begrüßen und Straßenbauten durchführen, die ihr Gewerkschaftshaus als Unterlunzstrraum den Arbeitsdienstwilligen zur Verfügung stellen und die „soziale“ Bauhütte hat sogar die Bauüberwachung übernommen. In Schwarzwaldau ist, wie mitgeteilt wird, mit 7 gegen 3 Stimmen beschlossen worden, den sogenannten Scheibenweg im „freiwilligen Arbeitsdienst“ anzuführen. Wie viel sozialdemokratische Gemeindevertreterstimmen sind in den sieben darüber abgegebenen Stimmen enthalten? War nicht die Inbetriebnahme der Epnerischen Weberei im „freiwilligen Arbeitsdienst“ der Plan der Schiller, Fiedner und Konjerten? Von all diesen Tatsachen nimmt das Flugblatt keine Notiz.

Es ist elende Heuchelei, wenn man das Wort „freiwilligen Arbeitsdienst“ bekämpft, aber gegen die Personen, die ihn verordnen, durchführen und fördern, nichts unternimmt. Diesen Leuten kommt es nur darauf an, ihn selbst mit ihrer eigens zu diesem Zweck gegründeten „sozialen Hilfe“ durchzuführen.

Wir Kommunisten und oppositionelle Gewerkschaftler haben von Anfang an den Arbeitern gesagt, daß der Arbeitsdienst, ob „freiwillig“ oder unfreiwillig nichts anderes bedeutet, als die Jugendlichen zu militarisieren und die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Der „Kampf“ dieser Leute aber ist nichts anderes, als üble Wahlmache und der Versuch, die Jungarbeiterchaft vom wirklichen Kampfe abzuhalten. Seht diesen Leuten auf die Finger und nicht aufs Maul. Kämpft mit den Kommunisten! Wählt Liste 3!

Kriminalpolizei auf der Jagd nach kommunistischer Jugendliteratur

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Waldenburg. Bereits am Freitag, dem 14. Oktober, erschienen in der Mittagszeit auf dem KPD-Büro und dem Parteibüro in Waldenburg 2 Kriminalbeamte, welche nach den verbotenen Zeitchriften des kommunistischen Jugendverbandes der „Junge Volksgewiss“, „Jugendinternationale“ und der „Jungen Garde“, sowie einigen anderen Broschüren der Partei suchten. Die beiden Herren, welche am Freitag in beiden Büros nichts finden konnten, müssen nun ge-

laubt haben, daß sich im KPD-Büro ein großes Lager dieser kommunistischen Literatur befindet, deshalb erschienen sie auch wiederum am Montag in dem genannten Büro und durchsuchten alle Schränke und Tische sogar in die Stellungen, in denen Kohle gelagert ist. Auch hier, bei der beschriebenen Kohle, konnten keine dieser gefährdeten Zeitchriften entdeckt werden und deshalb mußten diese beide Herren der Kripo ohne jede Jagdbeute wieder nach Hause

30 Pf. nicht mehr 40 Pf.
DER ROTE AUFBAU
Die neue Nummer:
Rebellion
in der S. P. D.

Nazi-Raubüberfall auf Saganer Arbeiter

Sagan. In den Reihen der KPD. macht sich eine große Verzeckung bemerkbar. Es wurden in ganz kurzer Zeit in den verschiedenen Ortsgruppen des Reiches ganze Sturmtrupps aufgelöst und ausgeschlossen. Die Ausschüsse basieren aus der klaren Erkenntnis der Arbeiter, daß „Reiter“ keine Befreiung der Werkstätten herbeiführt. Um die Miskimmung in den eigenen Kreisen einzudämmen und die Mitglieder zu täuschen, geht die Verzeckung der Führerclique so weit, daß man sich nicht scheut, Raubüberfälle und wilde Schieberereien durchzuführen. Nachstehendes Beispiel zeigt recht klar die Verkommenheit jener Elemente.

Der Arbeiter Oskar Golla besaß sich auf dem Heimwege von Walsdorf nach Sagan. An der Wegkreuzung Schönbrunn-Dittersbach wurde er am Montag, dem 17. Oktober, abends in der neunten Stunde von vier bis fünf verhassten Elementen der Nazis regelrecht überfallen. Gen. Golla fuhr ruhig seines Weges mit brennender Lampe nach Sagan. An obengenannter Kreuzung stellten sich ihm vier bis fünf Personen in den Weg. Einer trat ihm ins Hinterrad, wodurch er zu Sturze kam. Ein anderer bemächtigte sich der Leuchtstange.

Die anderen bemächtigten sich der Aktentasche, in welcher sich Exemplare der „Arbeiter-Zeitung“ und „KZ.“ befanden. Sämtliche Taschen wurden ihm geleert und zerrissen, die Summe von 5,80 Mark wurde geraubt.

Mit den geraubten Sachen, Mühe nebst Antifa-Abzeichen, Aktentasche und Inhalt sowie mit dem Geld verschwanden die Täter nach Richtung Schönbrunn. Der Genosse verfolgte trotz des besetzten Rades und den zerrissenen Sachen die Täter bis Schönbrunn, wo er die Häuser kontrollierte. Auf diesem Wege fand er die leere Tasche ohne Inhalt sowie die Mühe, an welcher das Antifa-Abzeichen fehlte. Bei dem Überfall wurde ihm das andere Abzeichen vom Rade gerissen und die Sachen zerlegt.

Werkstätige Anhänger der Nazipartei! Wendet euch ab von diesen Individuen, reißt euch ein in die Antifaschistische Aktion und kämpft mit uns für die Befreiung der Arbeiterklasse in Stadt und Land! Am 6. November gehört eure Stimme der Liste 3.

Kommunistischer Vorstoß in Kupper

Sagan. Ein guter Anlaß zu der Reichstagswahl war die am Sonntagabend in Kupper bei Sagan abgehaltene Versammlung der KPD. Kein Stahlhelmer oder Nazi war bei dem Einmarsch der drei

Aus der Grünberger Stadtverordneten-Sitzung

SPD. und Bürgerliche gegen die Erwerbslosen

Grünberg. In der Sitzung des Stadtparlamentes am 17. Oktober trat wieder einmal offen die faschistische Einheitsfront von den Nazis bis zur SPD. gegen die Arbeiterschaft in Erscheinung.

Nachdem schon bei der Volksdebatte unsere Genossen auf den Diktaturcharakter aller bürgerlichen Regierungsrichtungen hingewiesen hatten und der Sporn der SPD. in Laikentreu ein Kleinwenig gegen die Bürgersteuer gestammelt hatte, hielt unser Genosse Fr. Laube in markigen Worten mit dem Bürgertum und den SPD.-Laikentreu Abrechnung. Er stellte die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Regierungsstellen ins rechte Licht, auch das Hermann-Müller-Kabinett hatte nur die Interessen der in- und ausländischen Kapitalisten vertreten und die revolutionäre Arbeiterschaft unterdrückt. So wurde der Boden für Brandt und Papen vorbereitet. Sozialdemokratische Minister und Reichsanwält haben durch die Niederhaltung der Arbeiterschaft der Reaktion den Weg gebahnt zur offenen Errichtung der Diktatur der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse. In diesem Sinne kennzeichnete unser Genosse die von der SPD. geheiligte „Demokratie“, die in Wirklichkeit nur eine Scheindemokratie ist, hinter der sich die Diktatur verbirgt. Oder ist das noch Demokratie, wenn die Stadtverordneten nur noch alles zur Kenntnis zu nehmen haben? Vorsteher Lindner, Stammer SPD.-Mann und Gewerkschaftsführer, suchte als treue Stütze der Reaktion, durch Ordnungsstrafe, durch Wortentziehung und indem er sich als Glöckner übte, die treffenden Ausführungen unseres Genossen zu unterbrechen. Dem Vertreter der Reaktion aber gestattete derselbe Lindner, für Papen das übliche Lob herunterzuleiern.

Genau so jämmerlich und reaktionär verhielten sich die SPD.-Vertreter bei der folgenden Beratung der durch die kommunistische Fraktion eingereichten Erwerbslosenforderungen. Genosse Fr. Laube begründete die Forderungen. Er wies darauf hin, daß, wenn dieselben nicht erfüllt werden würden, die Erwerbslosen zu den schärfsten Kampfmitteln greifen werden. Nazi-Heinrich bezeichnete die Anträge als „Reklame“, den Kapitalisten ginge es auch schlecht. (!) In dasselbe Horn blies der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Brandt, darüber können auch die radikalen

Mit der „Arbeiter-Zeitung“ vor den Waldenburger Gruben

Waldenburg. Am Sonntag wurde eine Sonder-Zeitung mit Berichten über die Saugzustände auf den verschiedenen Schachtlanlagen und in den Abteilungen sowie mit der Stellungnahme des EVBD. zur Arbeitskammerwahl am 2. November vor dem Betriebe verkauft. Am Tage zuvor wies ein Handzettel die Kumpels auf die Sonder-Zeitung hin.

Es wurden verkauft: auf der Fuchsgarbe 533 Exemplare der „Arbeiter-Zeitung“, und zwar vor dem Julius-Schacht 183 Zeitungen und einige Broschüren, vor dem Hans-Heinrich-Schacht 200 Zeitungen, 24 Wahlsondarmarten und Broschüren, vor dem David-Schacht 150 Zeitungen, 12 „KZ.“ und 10 Mark gesammelt für den Wahlsondarm, auf den Fürstlichen Gruben (Bahnschacht und Tiefbau) 150 Zeitungen und für 9,70 Mark Literatur und auf der Melchiorgrube 150 Exemplare der „Arbeiter-Zeitung“, 30 andere Zeitungen und für 5,80 Mark Broschüren.

Glücklich hat noch nicht gemeldet. Warum nicht? Sofort nachholen! Es gilt mit ganzer Kraft zu den Arbeitskammerwahlen für die Liste 2 am 2. November zu trommeln!

Genossen! Was sagen obige Meldungen? Die Kumpels wollen unsere Zeitung lesen! Berichtet weiter fleißig aus den Betrieben! Werde keine Kumpels als Abonnenten! Nicht nachlassen! Vorstoßen!

mit Gejang- und Sprechgruppen das Dorf durchziehenden Staffeln zu erbilden. Vorbei ist die Zeit des Frühjahres, wo es diesen Kapuzinern in Stärke von über 20 Mann gelang, die Durchführung unserer Versammlung, wo nur drei Genossen den Schlag bildeten, unmöglich zu machen. Aus Grund unseres selbstbewußten Auftretens, gelang es auf den ersten Anlauf 20 Klassenossen zu gewinnen, die an den Darlegungen des Genossen Laube regen Anteil nahmen. Sie gestanden, daß, wenn sie sich hier frei äußerten, sie durch Denunziationen Repressalien seitens der Gemeinde ausgesetzt wären. Jedoch nach Aufzeichnung des Wessens der roten Einheitsfront gelobten sie durch den Kampfeinsatz „Rot Front“ nicht zu ruhen und zu rasen, bis zum erfolgreichen Ende des Kampfes, um ein Sowjetdeutschland. Der äußere Erfolg dieser Versammlung war ein guter Umsatz von Zeitungen und Broschüren, desgleichen eine freiwillige Sammlung für den KPD.-Wahlsondarm. Recht so! Jetzt heißt es die Verbindung auszubauen bis zur Schaffung einer organisatorischen Grundlage, für eine Ortsgruppe der KPD.!

„Ich spreche als Herr Stadtrat“

Sagan. Bei der Vergebung der Arbeiten zum Umbau des Seminars der Fellierschule waren auf Grund des Magistratsbeschlusses 1 bis 5 Malermeister beteiligt, unter anderem auch Kläffer und Langer, was sehr verwunderlich ist, da sich in heiligen Geschäftskreisen hartnäckig die Meinung erhält, daß die höchsten Arbeiten selten aufgeschrieben würden, weil sich die einzelnen Handwerker, welche Magistratsmitglieder sind (und fast von allen wichtigen Berufen einer), schon frühzeitig um die Arbeit drängeln. Langer versuchte nun Herrn Kläffer Vorhaltungen zu machen, er hätte eine frisch gepulzte Wand zu früh gestrichen usw. Als sich B., welcher eigens dazu den Auftrag hatte, diese Meckerei verbat und L. zu seinen Arbeiten verriesel, donnerte Langer los: „Was glauben Sie Nazi, wer ich bin, ich rede hier nicht als Malerkollege, sondern als Mitglied des Magistrats“ usw. Daraus ist ersichtlich, daß Langer jede Konkurrenz aus dem Felde schlagen will. Er ist es auch, der als Dezernent der städtischen Gaswerke jeder geplanten Vergünstigung für die Erwerbslosen entgegentritt.

Die kleinen Handwerker jedoch müssen hieraus die Lehre ziehen, daß sie gemeinsam mit der Arbeiterschaft um die Verteidigung ihrer Existenz kämpfen müssen.

Rus der Partei Ortsgruppen-Kassierer!

Sämtliche Sammelgelder sofort direkt auf Postfachkonto Billy Schubert, 36 760, Breslau, senden.

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpaste von höchster Qualität, Sparsam im Verbrauch, Tube 50 Pf. und 80 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und wissen Sie jeden Erfolg dafür zured.

Kumpels vom niederschlesischen Revier Zur Arbeitskammer-Wahl am 2. Nov. wird nur die rote Einheits-Liste des EVBD., Liste 2 gewählt!



Heute Freitag, den 21. Oktober, bis einschl. Sonntag, den 30. Oktober bringen wir das gewaltigste Kriegsfilmwerk, was je die Welt sah!

Nach fast 14jähriger Beendigung des Weltkrieges ist es endlich möglich, der Öffentlichkeit Original-Aufnahmen von den Vorgängen an der Westfront zeigen zu können. Dieser Film hat keine Tendenz, sondern er ist ein Original-Dokument der gewaltigen Kämpfe an der gefährlichsten Westfront.

Das Völkerringen an der Westfront

Zum ersten Male entrollt sich die furchtbare Tragödie, die Europa je erlebte, den Opfergang der Blüte der Nationen durch die Hölle der Westfront, das Grab der Millionen! — Dieses Filmwerk von ungeheurer Wucht und Spannung müssen sich alle ansehen, auch diejenigen, die bis heute dem Lichtspiel-Haus ferngeblieben sind: denn es zeigt erstmalig authentische Filmaufnahmen von Schlachten, in denen sich das Artilleriefeuer zu einem wahren Orkan steigert, die Nacht wird durchzuckt von den Blitzen und Detonationen tausender Geschütze — Graben — Gas — Handgranaten — Tankangriffe — Flammenwerfer bringen Tod und Vernichtung, Fesselballons beobachten die feindlichen Stellungen, ungeheure Luftkämpfe entspielen sich, tausende Leuchtkegel erhellen das Schlachtfeld tagsüber. Bombengeschwader und weittragende Geschütze legen Städte und Dörfer in Schutt u. Asche, ganze Straßenzüge stehen in Flammen usw.

Kriegsteilnehmer! Mögt Ihr an der Westfront gekämpft, gelitten und geduldet haben... diesen Film werdet und müßt Ihr alle ansehen, denn er zeigt Eure ungeheuren Strapazen.

Im zweiten Teil: Ein Großfilm der deutschen Kriegsmarine Panzerkreuzer Emden III fährt um die Welt

Die einzig bestehende Original-Aufnahme der Emden-Weitreise Dieser Film zeigt in unerhört prachtvoll lebendigen, bis zuletzt fesselnden Bildern... (Spanien, Kanarische Inseln, Las Palmas, Santa Cruz, Orotava... Afrika: Kapstadt, Kap der guten Hoffnung; Sumatra... die Emden lotet die größte Meerestiefe 10 700 m. Japan, Alaska, Canada, Washington, Mexiko, Panama, Peru) — Bilder von nie gesehener Schönheit und Pracht. Nach zweijähriger Umkreisung der Erde Rückkehr in die Heimat.

Beide Filme werden hoekünstlerisch musikalisch umrahmt durch Groß-Orchester unter persönlicher Leitung des bekannten Film-Illustrators Kapellmeister Fred Pauli

Anfangszeiten: Werktags 4. 6.30 9 Uhr Sonntags 3 Uhr, letzte Vorstell. 9 Uhr Programmdauer 2 1/2 Stunden

Vorverkaufsstellen: Ständiger Vorverkauf am Kassenwagen Café Torwache Schweidn. Str. u. tägl. v. 11—2 Uhr Hauptk. Konzerth.

Trotz enormer Unkosten kleine Preise — 3. Platz 0.80, 2. Platz 1.00, 1. Platz 1.30, Rang-Sessel 1.50, Logen 1.80 — Invaliden, Erwerbslose und Rentner zahlen gegen Ausweis auf 3. u. 2. Platz die Hälfte

Sonntag, nachmittags 3 Uhr, große Familien- u. Kindervorstellung Kinder zahlen auf allen Plätzen die Hälfte

Kampfvorbereitungen der Belegschaft des Shell-Großanlagers Cavallen

Die Belegschaft des Shell-Großanlagers Cavallen kam in einer Belegschaftsversammlung zusammen, um zu dem geplanten Schreud der Direktion Stellung zu nehmen. Durch Ausschlag war bekannt gemacht worden, daß die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich durchgeführt wird. Für die Oberleitung bedeutet das einen Lohnverlust von 10 Mark pro Woche, da die Überstundenabgeltung und für einen Teil der Arbeiter neben dem Verlust des Arbeitslohnes für acht Stunden im Notfall kommen. Für die Arbeiter beträgt der Lohnverlust 7.50 Mark pro Woche. Ebenso wie in die Belegschaft Stellung zur Vorbereitung eines Meisters, der zu allen Seiten wirklich hinstrebt als Vorgesetzter mit den Arbeitern verkehrt, und deshalb aus dem Bereich entfernt werden soll. Die Versammlung wählte eine Verhandlungskommission von drei Mann und stellte folgende Forderungen:

Zurücknahme der Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich!

Achtung Bastler! Leisten aller Art Tischfüße, Stuhlfüße, Möbelbeschläge, Polituren, Lacke, Sperrholz-Ausschnitt usw. kaufen Sie am billigsten im Spezialhaus Oswald Klotz Breslau, Neumarkt 37

Billiges Fleisch-Angebot! Schweinebauch m. B. Pid. 0.60 Mk. Scheller m. B. Pid. 0.68 Mk. Schmalbraten m. B. Pid. 0.70 Mk. Karfiolen Pid. 0.95 Mk. Schwarzküchling d. Karben Pid. 0.65 u. 0.75 Mk. Rindfleisch Pid. 0.75 Mk. Suppenfleisch Pid. 0.50 Mk. Rinderbrust und H. ke Rippe Pid. 0.55 Mk. Kalbfleisch Pid. 0.53 Mk. Gekochtes Pid. 0.45 Mk. Kalbfleisch m. Kno. Pid. von 0.58 an Kalbfleisch m. Kno. Pid. von 0.58 an

Adolf Weiß Breslau 10 Moltkestraße 13 Fernr. 450/4 ff. Fleisch- und Wurstwaren Paul Simon Schwarzweidau, Bez. Landeshut

P. Gruber Schweidnitz, Hohstr. 15 Damenputzgeschäft und Hutgeschäft

Arbeiter kauft sämtliche Kolonialwaren bei Gerhard Kluge vorm. Adolf Meißner Striegau Schweidnitzer Straße 12

Spezialhaus für Bastler Bastlerquelle Spezialität Sperrplatten Laubsägeholz und alles was der Bastler braucht Brüderstraße 81 Telefon 574 94

Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Wir liefern Plakate Briefbogen Rechnungen Programme Einlaßkarten Flugblätter Werke Zeitungen Zeitschriften Massenauflagen in Flach- und Rotationsdruck preiswert FORTSCHRITT AG. FILIALE DRESLAU Trebnitzer Str. 59 Telefon 464 55

Weiterzahlung der tariflichen Löhne für alle Chauffeure und Arbeiter, die vor dem 13. Oktober Gültigkeit hatten! Zurückziehung der Maßregelung des Meisters! Bei Nichterfüllung dieser Forderungen ist die Belegschaft entschlossen, mit Kampf zu antworten.

Ein rücksichtsloser Hauspächter

Am 5. Oktober ereignete sich auf der Dorfstraße 5 ein geradezu unerhörtes Verfall. Dort wohnt der Hausbesitzer Frau K., die in Zwickau eine Villa besitzt, der Familie B. mit einem Gartenhaus und einem kleinen Hof. Die K. hat für diese Zeit fest darin, daß die Familie von ihrer Dangeunterstützung in Höhe von 10.15 Mark die Woche, mit ihrer Waise in Rückstand geraten war. Als daraufhin sich eine große Menschenmenge bildete, sah es der fidele Hauspächter vor, sich zu verhaften. Jetzt wohnt die Familie bei K., Sturm und Regenwetter in einer Behausung, die wirklich nicht mehr als Wohnung bezeichnet werden kann, denn der Hauspächter läßt nichts machen und die Familie hat schon längt kein Geld dafür.

Dieser verübende geschilderte Vorfall, ist ein typisches Beispiel, wie in Deutschland im Jahre des Zwiesels, Proletarierfamilien der Kultur beraubt werden. Die Kultur der Proletarierfamilien der Kultur beraubt werden. Die Kultur der Proletarierfamilien der Kultur beraubt werden.

Notzettel-Kundfunk-Notizen

6.35: Schallplatten. — 8.30: Die Kartoffel als Nahrungsmittel. Wo der Kundfunk bereitet die Hörer schon rechtzeitig auf die Zeit vor, wo es nichts anderes mehr zu kochen gibt als Kartoffeln! Dann mehrere Teile aus Ungarn. — 17.30: Ungarn. Ein Bericht aus dem krieglich regierten Staat. Das sieht der Kundfunk ähnlich. Die Wahrheit — Hunger, Not, Erwerbslosigkeit in Ungarn — werden wir nicht zu hören kriegen. — 19.00: Schallplatten. — 20.00: Die kriegliche Umgestaltung Südosteuropas. Das sieht verdammt nach Russland aus. — 20.30: Von Wienbach bis Künnecke. — 22.30: Amerika-Übertragung. — 22.50: Dreifachkonzert. — Jetzt den „Arbeiter-Sender“!

Margismus als Weltanschauung

Es werden an den ersten Abenden folgende Themen behandelt: Was ist eine Weltanschauung? Die Religion als Weltanschauung; ihre Entstehung. Der Materialismus in seinem Gegensatz zum Idealismus. Das Verhältnis von Sein und Bewußtsein. Die Dialektik. Referent: H. Thoma. — Diese 3 Kurse finden im Schulungsraum der Partei, Wallstraße 21, 3. Stock, um 20 Uhr statt. Teilnehmergebühr: Anmeldegebühr 20 bzw. 10 Pfg., Kursgebühr 15 bzw. 10 Pfg. pro Abend.

Proleton-Wochenspielplan

„Es lebe die Freiheit!“ Eine Silber-Parodie auf den modernen Kapitalismus. „Die Pranke“, der große Publikumsenerfolg 1932. Eine ganz besondere Ueberraschung bringt diese Woche das Proleton-Programm. René Clairs letztes großes Werk „Es lebe die Freiheit“, eine Silber-Parodie auf den modernen Kapitalismus, ist nun im Arbeiterkino zu sehen. Der Film „Es lebe die Freiheit“ blendet auf mit einer Zuchtanstalt, Sträflinge arbeiten über Zwangsarbeit, die Anführer bewachen jede Bewegung. Diese Silber wechselt mit Szenen aus einem modernen Fabrikbetrieb. Und nun findet der Zuschauer des Films, daß die Zwangsarbeit im Zucht haus vollständig der Arbeit im modernen Fabrikbetrieb gleich. Hier wie dort Aufwasser, hier wie dort Ausschaltung jeder persönlichen Meinung. Der Mensch ist eine Nummer geworden. Von Freiheit keine Spur, denn draußen vor dem

Fabrikator schlagen sich Hunderte von Arbeitslosen, die gern diese Arbeit verrichten wollen, weil sie leben wollen. Die Parodie findet ihren Höhepunkt, als ein ausgebrochener Sträfling, der Fabrikdirektor wurde, eine neue Fabrik eröffnet, wo keine menschliche Arbeitskraft mehr benötigt wird. Die früheren Arbeiter können nun angeln gehen, können alle ihr Leben nach ihren Wünschen einteilen. Doch nicht zum Wohlstand aller führt dieser ungeheure Schritt der Wirtschaft, sondern zur Verelendung. Auf der Landstraße, sowie es heute in der Welt ist, endet der Arbeiter. Und dies ist der bitterste Klank dieser ausgezeichneten Silberparodie und vielleicht eine stille Aufforderung, diese Widerwärtigkeiten bald zu ändern.

Es dürfte keinen Arbeiter geben, der sich nicht diesen Film anseht. Dazu läuft ein zweiter Tonfilm, „Die Pranke“. Ein Kriminalstoff voller Spannung, Tempo, Abenteuerlichkeit, von Liebe und Humor. Die Eintrittspreise sind niedrig. Erwerbslose zahlen zur ersten Vorstellung nur 30 Pfennig. Wer sich also noch etwas Unterhaltung leisten kann, der gehe ins Proleton.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Breslau. 1. Abteilung: Sonnabend, den 22. Oktober, um 20 Uhr, Mitgliederversammlung, bei Wally, Westendstraße 39.

Not und Anstalt in Sportfragen erteilt das „Handbuch des Sports“, ein umfassendes Nachschlagewerk mit etwa 1700 Stichworten, darunter 500-600 biographischen Notizen sowie mit Tabellen über Rekorde, auch von den Ergebnissen der Olympiade. Das „Handbuch des Sports“ ist zur Aufnahme der schönen bunten Sportbilder bestimmt, die es jetzt zu jedem halben Pfund dieser bekannten und beliebten Margarinemarke gibt. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß das „Handbuch des Sports“ von „Sanella“, Postfach 125, Berlin C. 2, gegen Einsendung von 70 Pfg. in Briefmarken zu beziehen ist.

Sparen, aber nicht am falschen Fleck. In Notzeiten ist mancher geneigt, aus sogenannten Sparfamilitätsgründen nach billigen Ersatzmitteln zu suchen. Jeder wird die Beobachtung machen müssen, daß in solchen Zeiten diese billigen Sachen wie Pilze aus der Erde schießen, weil man mit der Einstellung der Menschen rechnet, die häufig denken, daß man durch billigen Einkauf spart. Das ist grundfalsch. An einem Beispiel sei's gezeigt: Die qualitativ hochwertige Chlorodont-Zahnpaste ist im Preise etwas höher, als in jüngster Zeit angebotene billige Zahnpflegemittel, aber die Chlorodont-Zahnpflegemittel sind preiswerter, weil sie vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch und von höchster, stets gleichbleibender Qualität sind.

PROLETON Tonfilmbühne Gabitzstraße 20 Höfchenstraße 49 Ab Freitag, den 21. 10. bis Donnerstag, den 27. 10. Erste Vorstellung 4.30, letzte Vorstellung 8.45 Uhr Charlotte Susa, Hans Rehmann in Die Pranke Ein Abenteuer von Spannung, Tempo, Liebe u. Humor Ein Tonfilm der heutigen Zeit Es lebe die Freiheit Eine Parodie in lustigen Bildern auf den modernen Kapitalismus mit seinen menschenleeren Fabriken Neueste Wochenschau Ab 60 Pfg. — Erwerbslose wochentags bis 50 Pfg. Sonntag, den 23. Oktober, 2.30 Uhr, Große Kindervorstellung Arbeiter-Sport-Kartell

Freitag, Sonnabend, Sonntag: Hauptsammeltage für die gesamte Partei. Bis jetzt fehlen die Berichte aus sämtlichen Unterbezirken